

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 148.

Mittwoch, den 28. Juni 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Irreligiosität.

Das Spruchkollegium für kirchliche Angelegenheiten hat den Kölner Pfarrer Satho wegen Irreligiosität, das sich die kirchliche Orthodoxie als Waffe gegen den überhandnehmenden theologischen Liberalismus geschaffen hat, auf liberaler Seite hat man lange daran gezweifelt, daß die obersten Kirchenbehörden den Mut finden würden, sich dieser Waffe zu bedienen; jetzt sind der Lärm in der liberalen Presse und der Schreck unter den liberalen Pastoren nicht gering. Schon spricht man von einem neuen Opfer, dem Pfarrer Dr. Max Fischer in Berlin, dem gleichfalls der Prozeß gemacht werden soll, und wie dieser wird vielleicht noch mancher seiner Amtsbrüder vor die harte Notwendigkeit gestellt werden, zwischen Brot und Überzeugung wählen zu müssen.

Das Urteil gegen Satho ist die erste Anwendung des im Vorjahr erlassenen Irreligiositätsgesetzes, das sich die kirchliche Orthodoxie als Waffe gegen den überhandnehmenden theologischen Liberalismus geschaffen hat. Auf liberaler Seite hat man lange daran gezweifelt, daß die obersten Kirchenbehörden den Mut finden würden, sich dieser Waffe zu bedienen; jetzt sind der Lärm in der liberalen Presse und der Schreck unter den liberalen Pastoren nicht gering. Schon spricht man von einem neuen Opfer, dem Pfarrer Dr. Max Fischer in Berlin, dem gleichfalls der Prozeß gemacht werden soll, und wie dieser wird vielleicht noch mancher seiner Amtsbrüder vor die harte Notwendigkeit gestellt werden, zwischen Brot und Überzeugung wählen zu müssen.

Kein Sozialdemokrat wird Männern, die ihre Existenz opfern, um ihrer Überzeugung treu zu bleiben, persönliche Achtung und Sympathie versagen. Trotzdem wird sich die sozialdemokratische Presse nicht in der gleichen Weise in die inneren Angelegenheiten der protestantischen Kirche mischen können, wie das jetzt von Seiten der liberalen politischen Presse geschieht. Nach sozialdemokratischer Meinung hat jede geistige Gemeinschaft, mag sie eine Religionsgesellschaft, eine Partei oder ein wissenschaftlicher Klub sein, selber die Regeln festzusetzen, nach denen sich die Zugehörigkeit zu ihr bestimmt. Sowie man von der katholischen Kirche verlangen kann, daß sie einen islamitischen Imam zum Papste macht, oder von der Sozialdemokratie, daß sie irgendein nationalliberales Präferenzorgan als Parteiorgan anerkennt, so wenig kann man auch von der evangelischen Kirche verlangen, daß sie darauf verzichtet, die Ausübung des geistlichen Lehramts von der Anerkennung bestimmter Glaubenssätze abhängig zu machen. Gewiß kann eine solche Gemeinschaft dadurch, daß sie die Regeln ihrer Zugehörigkeit zu eng faßt, gegen abweichende Meinungen bei sonst übereinstimmender Grundgesinnung zu rigoros verfährt, ihre eigenen Interessen aufs schwerste schädigen, aber gerade deswegen wird nur der, dem diese Interessen auf dem Herzen liegen, das Recht haben, in diesen Dingen mitzureden. Der Außenstehende, der über Unduldsamkeit klagt, wird sich nur lächerlich machen.

Ob das Spruchkollegium, das den in Köln beliebten Pfarrer Satho seines Amtes entsetzte, damit zum Schaden der Kirche eine Dummheit begangen hat, wird sich erst zeigen müssen. Das wird von der Stärke der Kräfte abhängen, und zwar nicht nur von der zahlenmäßigen, sondern viel mehr noch von der moralischen Stärke, über die der kirchliche Liberalismus verfügt. Noch stehen zweifellos Millionen von Lauffeindeprotestanten dem ganzen Kirchenstreit völlig fern; sie interessieren sich für ihre Kirche nicht mehr und die sozialen Kämpfe des Tages sind ihnen ungleich wichtiger als das ganze Theologengezänke. Mit diesen Scharen kann also der kirchliche Liberalismus nichts anfangen. Auf der anderen Seite sind die Massen, über die die Orthodoxie vielleicht noch auf dem platten Lande verfügt, auch nicht viel mehr als tote Last. Aber die Orthodoxie schöpft ihre Kraft aus der politischen Junkerherrschaft in Preußen, und der kirchliche Liberalismus ist eben auch nichts anderes als liberal, d. h. zu innerlich unwahrscheinlichen Kompromissen geneigt. Weniger seiner numerischen als seiner moralischen Schwäche wegen erscheinen seine Aussichten dem unparteilichen Beobachter durchaus nicht glänzend.

Ist also das Ende des Kirchenstreits ungewiß und sein Ausgangspunkt, das Urteil über Sathos „Irreligiosität“, für die politische Kritik nicht erreichbar, so ist doch der Fall Satho ein Schulbeispiel zur Erhärtung unserer sozialdemokratischen Programmforderung, die da lautet:

Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

In der Erfüllung dieser Forderung allein liegt der vernünftige Ausgleich zwischen Freiheit und Ordnung.

Die religiösen Gemeinschaften sollen unbestrittene Lehrgewalt haben — aber nur über die ihnen freiwillig angehörenden Mitglieder. Wer einer solchen Gemeinschaft angehört oder gar in ihr ein Lehramt üben will, mag sich an ihre Regeln halten. Ein Freund des weiblichen Geschlechts soll eben nicht Mönch werden, ein Liebhaber von Schinkenjemeln nicht Rabbiner und ein liberaler Monist nicht Pastor! Aber der Staat soll auch nicht das Unrecht begehen, Mönchsgegnung, Rabbinergegnung, Pastorengegnung mit Gewalt in die Köpfe seiner „Untertanen“ hineinzupressen, sondern er soll es jedem überlassen, sich in religiösen Fragen so vernünftige oder so unvernünftige Ansichten zu bilden, wie er mag. Weber soll er in seinen Schulen den Kindern religiöse Meinungen aufoktrozieren, noch soll er den Steuerzahlern Geld für kirchliche Zwecke abverlangen, er soll in all diesen Fragen nichts anderes üben als volle Toleranz und Neutralität.

Was den Sathostreit vergiftet und die Haltung des Spruchkollegiums auch dem allen religiösen Streitigkeiten Fernstehenden unsympathisch erscheinen läßt, das ist der Umstand, daß hinter dieser scheinbar freien Entschlebung einer autonomen Kirchenbehörde die Krallen der staatlichen Zwangsgewalt allzu deutlich hervortreten. „Die kirchliche Bureaucratie“, klagt die nationalliberale „National-Zeitung“, „hat die Landeskirche völlig durchseht; ein von obenher bürokratisch regiertes Kirchenwesen ist entstanden, in denen die Gemeinden und Individuen zur Passivität verurteilt sind. Die ganze Verwaltung liegt in den Händen der Konsistorien und Oberkirchenräte, die rein staatliche Behörden und von politischen Gewalten abhängig sind.“

Das Spruchkollegium wird somit zu nichts anderem als zu einem Werkzeug des preußischen Klassenstaats, der da will, daß dem Volke die Religion erhalten bleibe — Religion der Unterwürfigkeit und Ergebenheit, die der Pfarrer Satho in Köln nicht oder nicht entschieden genug gepredigt hat. Auf alle Fälle ist das heitere Zwischenspiel, das die preußische Regierung in höchst ungewohnter Rolle als Verteidiger der evangelischen Freiheit und als Gegner katholischer Modernisierungsfolgen zeigte, nach Gehilr zu Ende. Die dreizehn Herren Spruchkollegen mit amtlichen Funktionen — Oberhofprediger, Geheime Konsistorialräte, Generalsuperintendenten — die den Pfarrer Satho wegen Irreligiosität seines Amtes entsetzten, machen es auch nicht anders als der Papst.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Der Wahlrechtsantrag im Dreiklassenhaufe abgelehnt!

Das preußische Abgeordnetenhaus verabschiedete Dienstag zunächst das Groß-Berliner Zweckverbandsgesetz und dann das allgemeine Zweckverbandsgesetz in der verschlechterten Fassung des Herrenhauses. Genosse Liebknecht kennzeichnete nach Gehilr diese Verschlechterungen und den ganzen reaktionären Zug dieser Gesetze, die einen guten Gedanken zu schlechter Ausführung bringen.

Hierauf wurde nach monatelangem Warten der Wahlrechtsantrag der Fortschrittlichen Volkspartei endlich beraten. Der greise Abgeordnete Träger begründete den Antrag in einer guten Rede, worauf unser Genosse Hoffmann in wichtigen Worten und mit aller Schärfe, wie sie diesem wichtigsten Kampfe, den das preußische Proletariat zu führen hat, geziemt, für den Antrag eintrat. Schon als der Präsident die Beratung eröffnete, zog der Minister des Innern v. Dallwitz mit sämtlichen Kommissaren zum Saale hinaus. Genosse Hoffmann unterließ nicht, auch diese Rücksichtslosigkeit zu geißeln, die sich kein anderes Parlament der Welt so ohne weiteres gefallen lassen würde. Die Ausführungen unseres Redners riefen nicht nur durch ihre Trefflichkeit und Schlagfertigkeit öfter Heiterkeit hervor, sondern sie verursachten auch mehr als einmal eine Bewegung, der sich selbst die hartgesottensten Wahlrechtsfeinde nicht ganz entziehen konnten. Außer den Fortschrittlichen, den Polen und den Sozialdemokraten aber fand der Antrag keinen aufrichtigen Wortführer. Das Zentrum versicherte natürlich wieder, daß es ein begeisterter Anhänger der Einführung des Reichstagswahlrechtes sei. Die Abstimmung am Schluß aber zeigte ebenso wie die vom Genossen Hoffmann nochmals gekennzeichnete Haltung des Zentrums bei der vorjährigen Wahlrechtsberatung, wie es in Wahrheit mit der Wahlrechtsfreundschaft des Zentrums bestellt ist. Die Nationalliberalen, die unser Redner mit vollem Recht als Geldsacksvertreter angesprochen hatte, erklärten durch Dr. Schiffer, daß sie nur eine Wahlreform wünschen, die das Pluralwahlrecht bringe, also das Vorrecht des größeren Geldsacks unter allen Umständen aufrecht erhält. Selbstverständlich wurde der Antrag von dem ungekrönten König von Preußen,

dem Herrn von Heydebrand, und von dem Oberstabschef Freiherrn von Zedlitz namens der Konservativen und Freikonservativen unbedingt abgelehnt; Herr v. Heydebrand gebrauchte dabei all die uralten Phrasen der um ihren Profit zitternden Junker mit einer aufreizenden Arroganz. In derben Zwischenrufen der Linken wurde ihm aber die Wahrheit gesagt.

Bei der Abstimmung löste sich die ganze Debatte in ein schmachliches Ränkepiel auf. Nachdem die Rechte den fortschrittlichen Abgeordneten Fischbeck, der das Schlusßwort hatte, niedergebrüllt, und der Präsident von Kröcher unserem Genossen Liebknecht, dem durch einen Schlußantrag das Wort abgeschnitten war, verwehrt hatte, mitzuteilen, was er hatte sagen wollen, kam man zur Abstimmung. Die Nationalliberalen beantragten, aus der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes die Forderung des gleichen Wahlrechtes bei der Abstimmung abzusondern. Diesen Antrag lehnten natürlich die Wahlrechtsparteien der Linken ab, aber auch die Rechte stimmte dagegen, weil sie damit rechnete, daß die Nationalliberalen lieber gegen den ganzen Antrag stimmen würden, als daß sie der Forderung des gleichen Wahlrechtes zustimmten. Es wurde also über diese vierfache Forderung gemeinsam abgestimmt, und tatsächlich stimmten die Nationalliberalen lieber gegen den ganzen Antrag, als daß sie neben dem geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auch das gleiche Wahlrecht gefordert hätten. Für den Antrag selbst stimmte außer den drei genannten Wahlrechtsparteien das Zentrum, das aber nur sehr schwach befehrt war, was auch ein eigenartiges Licht auf die Wahlrechtsfreundlichkeit des Zentrums wirft.

In dem Antrag war die Einbringung der Wahlrechtsvorlage noch für diese Session gefordert und deshalb im 2. Abgag verlangt worden, daß die Neueinteilung der Wahlbezirke auf Grund der Volkszählung von 1905 vorgenommen werden soll. Das Zentrum erklärte sich gegen diese Bestimmung, weil ja bei Einbringung der Wahlreform in einer späteren Session schon die Volkszählung von 1910 in Betracht kommen würde. Da dem Verlangen des Zentrums auf gesonderte Abstimmung über die Frage, welche Volkszählung zugrunde zu legen sei, nicht Rechnung getragen wurde, stimmte das Zentrum bei der Abstimmung über den 2. Abgag gegen ihn; auch dieser Abgag war damit abgelehnt.

### Für das Scheitern des Pflichtfortbildungsschulgesetzes

macht die freikonservative Partei die Konservativen und das Zentrum verantwortlich. Die genannte Korrespondenz schreibt:

„Leider besteht kein Zweifel, daß das mit großen Erwartungen begrüßte Gesetz, das die zuverlässigste Grundlage für eine wirksame Jugendpflege sein würde, nicht zustande kommt und daß dadurch die nachgerade unaufschiebbare Jugendpflege wesentlich erschwert werden wird. Die Verantwortung hierfür fällt ausschließlich auf die konservative und Zentrums-partei.“

### Das Reichsgericht gegen die Versammlungsfreiheit.

Wie die „Post“ berichtet, hat das Reichsgericht vor einiger Zeit eine Entscheidung über die Auflösung von Versammlungen gefällt, die, weil sie das Versammlungsrecht der Willkür der Polizeibeamten überläßt, bei erster besser Gelegenheit vom Reichstage energisch zurückgewiesen werden sollte.

Der Leiter einer Versammlung hatte einem Gendarmereiwachmeister, der die Versammlung überwachen sollte, den Zutritt in den Saal untersagt, weil die Versammlung nicht öffentlich war. Trotzdem wurde die Versammlung von dem Gendarmereiwachmeister aufgelöst, weil er der Meinung war, die Versammlung sei eine öffentliche. Der Versammlungsleiter setzte der Auflösung Widerstand entgegen und forderte die Anwesenden auf, dem Befehl keine Folge zu geben. Er wurde deswegen verklagt und vom Landgericht freigesprochen. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts schloß sich diesem Urteil nicht an, entschied vielmehr, daß die Anwesenden auf Aufforderung des Polizeibeamten hin sich aus der Versammlung entfernen mußten, wenn auch eine öffentliche Versammlung nicht vorlag. Wenn auch tatsächlich der § 111 R.-St.-G.-B. ausscheidet, so käme doch § 18. Nr. 4 B.-G. in Betracht, weil sich der Angeklagte nach Erklärung der Auflösung durch den Vertreter der Polizei nicht sofort entfernt habe. Die Frage, ob die Auflösung irrtümlich erfolgte, käme dabei nicht in Betracht.

### Von der „Sammlung“.

Schmerz erfüllt schreibt am Dienstag morgen die „Tägliche Rundschau“: „Die Heydebrand'sche Wahlparole gegen den Grafen Schwerin-Löwitz und für die Sozialdemokratie erweist bereits, wie gar nicht anders möglich, ihre zerlehnende

Kraft. Sie wird von den Konservativen im Wahlkreis Potsdam-Osthavelland nicht befolgt werden. Diese Stellungnahme wird wie folgt begründet: „Angesichts der besonderen Verhältnisse unseres Wahlkreises, der den Lieblingseigentum und die Lieblingsspenden des Kaisershauses umschließt, hält der hiesige Neue Wahlverein unbedingt an der von seinem Vorstand ausgegebenen Parole fest, unter allen Umständen die Wahl des Sozialdemokraten Liebknecht zu verhindern und zu diesem Zweck auch in der vorläufigen Stichwahl geschlossen zur Abgabe eines bürgerlichen Stimmzettels zur Wahlurne zu gehen.“ Es ist ja gar nicht anders möglich, als daß wahrhaft konservativ Männer, denen trotz der Radikalpolitik um Herbrand noch ein eigenes politisches Bewußtsein blieb, einer solchen widerrechtlichen Parole einer „selbstmörderischen“ Parteileitung nicht folgen können.“

Die Sozialdemokratie wird auf der ganzen Linie gut daran tun, den gegenwärtigen Differenzen im bürgerlichen Lager keine übertriebene Bedeutung beizulegen und für die Stichwahlen allzusehr auf die Uneinigkeit der Gegner zu zählen. Den Sieg aus eigener Kraft schon in der Hauptwahl zu erringen; darauf muß überall das Bestreben unserer Genossen gerichtet sein.

### Weiteres zum Fall Zatho.

Die liberalen Geistlichen von Groß-Berlin erlassen die nachstehende, bereits von einer großen Anzahl linksstehender Pfarrer unterzeichnete Protesterklärung:

„Wir erblicken in der Tatsache der Amtsentlassung Zathos, dessen Jesuistischer Unwiderspruch vor aller Welt klar daliegt, eine unabsehbare Schädigung der Religion unserer evangelischen Landeskirche. Wir werden unheimt durch alle Folgen unsere Verkündigung des Evangeliums, allein unserer Gewissensüberzeugung folgend, im protestantischen Geiste nach wie vor ausüben.“

Die liberale Geistlichkeit der Rheinprovinz will eine gleichlautende Trosterklärung erlassen.

### Frankreich.

**Das Kabinett Caillaux.** Caillaux begab sich gestern abend ins Elysee, dem Präsidenten Fallières anzuzeigen, daß das Kabinett nunmehr gebildet sei. Es hat folgende Zusammensetzung: Präsidium und Inneres: Caillaux, Außen: Cruppi, Auswärtiges: de Selves, Krieg: Messimy, Marine: Delcasse, Unterricht: Steeg, Finanzen: Klotz, Öffentliche Arbeiten: Augagneur, Handel: Coumba, Verkehr: Pams, Kolonien: Lebrun, Arbeit und soziale Fürsorge: Senoult. Der Präsident hat die Ernennung des neuen Ministeriums unterzeichnet.

### Portugal.

**Sozialistischer Erfolg.** Dem „Vorwärts“ wird aus Dporto geschrieben: Die Wahlprüfungscommission hat das Mandat des Republikaners Dr. Nunes da Ponte kassiert und den sozialistischen Kandidaten Manuel Jose de Silva für gewählt erklärt. Die Ungültigkeitserklärung des Mandats erfolgte auf Grund eines Protestes, den die Sozialisten von Dporto gegen die untauglichen Wahlmänner der Republikaner eingelegt hatten.

Die Nachricht von der Wahl eines Sozialisten in das erste republikanische Parlament Portugals wurde an allen Orten mit großer Freude aufgenommen. Ist doch dadurch dem portugiesischen Proletariat die Möglichkeit gegeben, im Parlament der Bourgeois-Republik seine Stimme hören zu lassen.

## Achter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

**Schen-Berlin:** Ich habe mich lediglich gegen die Äußerung der Genossin Baar gewendet, daß es Tatsache sei, daß Frauen erfolgreicher bei Frauen agitieren können als Männer. Genossin Hanna hat mich durchaus richtig verstanden, sie hat es auch anerkannt, indem sie mir eine Blume geschenkt hat. (Stürmische Heiterkeit.) Mir meinen Ausführungen gegen Genossin Baar wollte ich mich in keiner Weise gegen ihre Resolution wenden, für deren Annahme ich eintrete.

**Leipart-Stuttgart:** Stühmer habe ich zu erwidern, daß ich gefagt habe, es mußte seit dem Kölner Kongress noch kein Streit, für den die Generalkommission eine allgemeine Sammlung eingeleitet hat, wegen Mangels an Mitteln abgebrochen werden. Für die Schneider ist 1907 auf ihren eigenen Wunsch eine allgemeine Sammlung nicht vorgenommen worden. (Hört! hört!)

**Dittmer-Berlin:** Von Beschwerden in unseren Ästen habe ich nicht gesprochen. Die Deduktionen sind daher hinfällig.

**Stühmer-Berlin:** Die Angaben Leiparts treffen zu. (Zurufe: Na also!) Es war aber ein sehr warm gehaltenes Rundschreiben der Generalkommission an die Vorstände ergangen und darauf sind 12 000 Mk. eingegangen! Es ist überhaupt eine Zufälligkeit, wie Kämpfe kleinerer und mittlerer Gewerkschaften unterstützt werden. Wenn Geld da ist, bekommen es die einen aus vollen Händen, und dann wieder die anderen gar nichts.

**Vorsitzender:** Das war nicht persönlich.  
**Stühmer-Berlin:** Hauptsache ist, daß ich es sagen kann.

Es folgt die Abstimmung.  
Der Generalkommission und dem Kassierer Kube wird Decharge erteilt. Der Antrag Winnig auf Ausbau der Gewerkschaftsschule wird abgelehnt. Der Antrag der Genossin Baar auf Förderung der Organisation der Hausangestellten wird einstimmig angenommen. Über den Antrag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Zahlstelle Offenbach a. M., auf weitere Förderung der Arbeiterjugendbewegung wird zur Tagesordnung übergegangen, nachdem der Vorsitzende Schlichte erklärt hat: der Antrag unterstreicht nur, was der Gewerkschaftskongress in Hamburg beschlossen hat. Die Anträge der Bildauer und Berliner und Gothaer Metallarbeiter über die Streikunterstützung werden der nächsten Konferenz der Vorstände überwiesen.

**Die Vereinbarungen mit dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine.**

In sechs Resolutionen liegen die Vereinbarungen vor, die die Generalkommission mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine getroffen hat. Sie betreffen für die Gewerkschaften die Begünstigung der Heimarbeit, der Strafanklagen, die Anerkennung der Gewerkschaften, ihrer Tarife und gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsaustragen und Vergebung von Arbeitern. In der

vierten Resolution werden die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder umgrenzt. Die fünfte Resolution handelt von der Verhängung von Boykotts und die sechste vereinbart eine Stellungnahme zu der Neugründung von industriellen Arbeitsgenossenschaften oder sogenannten Produktivgenossenschaften.

Der Referent Bauer-Berlin erläutert die einzelnen Resolutionen. Bei der Resolution 1 hebt er hervor, daß die Stärkung der Genossenschaftsbewegung und der damit ermittelten Eigenproduktion der Gewerkschaften manchen Teilen der Heimarbeit den Boden entziehen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderschuhen steht. Die Großeinkaufsgesellschaft beschäftigt vorläufig nur 500 Arbeiter in ihren Tabakfabriken. Milliarden von Zigaretten aber könnte sie abgeben, wenn die organisierten Arbeiter nur Tabakfabrikate kaufen würden, die nicht in der Heimarbeit, sondern in dieser Fabrik der Großeinkaufsgesellschaft hergestellt sind. In einem gemeinsamen Aufruf wollen Generalkommission und Zentralverband die Schäden der Heimarbeit schildern und ein Merkblatt herausgeben, das von den Gewerkschaftsorganisationen verteilt wird. Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission soll Materialien sammeln, die geeignet sind, die Schäden der Heimarbeit aufzudecken und der Presse zugänglich machen. Eine weitere Aufgabe der Gewerkschaften und Kartelle wird die Feststellung sein, ob die Genossenschaften Heimarbeitserzeugnisse beziehen. Die Hauptarbeit freilich, um die Heimarbeit einzudämmen, fällt der Gesetzgebung zu. — Strafanklagenverfahren sollen ohne weiteres vom Vertrieb in den Konsumgenossenschaften ausgeschlossen werden und die Strafanklagenarbeit beschränkt bleiben auf den eigenen Bedarf von Staat und Gemeinde. Gleichzeitig wird gefordert, daß sie in modern eingerichteten Betriebsstätten verrichtet wird. Den Genossenschaften wird es um so leichter sein, auf die Strafanklagenverfahren zu verzichten, als nur zehn unter tausend von ihnen jetzt noch Bürstenwaren, Pantoffeln, Abtreter, Matten usw. aus Strafanklagen beziehen. Auch hier soll die sozialpolitische Abteilung Material zur Bekämpfung der Strafanklagenarbeiten sammeln und für die Gesetzgebung nutzbar machen. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Kölner Kongress erhoben hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereinen zu empfehlen, bei Lieferungsaustragen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielleicht manchem zu vorsichtig. Aber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmittel. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften hat sich sehr gut entwickelt und Beschwerden waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in genossenschaftlichen Betrieben beschäftigt waren, vorgehen wollten, ohne vorher die selbstgeschaffenen tariflichen Instanzen anzurufen. Es bedurfte erst des Eingreifens der Zentralinstanzen, um diese Arbeiter vor nicht zu billigen Schritten zurückzuführen. Die Resolution 4 stellt gewissermaßen die Gegenleistung der Gewerkschaften an die Genossenschaften dar. Sie bringt zum Ausdruck, daß die Gewerkschaftsbewegung die Pflicht hat, die Genossenschaftsbewegung durch Beitritt und Propagierung auf das tatkräftigste zu unterstützen. Zu diesem Zwecke sollen besondere Propagandatommisionen, wo es nötig ist, eingesetzt werden.

Die fünfte Resolution betrifft die Verhängung von Boykotts. Sie ist die logische Folge des Vertragsverhältnisses zwischen Generalkommission und Zentralverband. Der Boykott schädigt nicht nur die Fabrikanten, er kann noch vielmehr die Genossenschaften schädigen, die etwa große Lager der boykottierten Waren halten. Deshalb soll nur dann über die Lieferanten der Konsumvereine ein Boykott verhängt werden, wenn von dem Vorstand der beteiligten Gewerkschaft die Zustimmung der Generalkommission eingeholt ist, und wenn die von der Generalkommission anzurufende Vermittlung des Generalsekretärs des Zentralverbandes zur Beilegung der Differenzen keinen Erfolg gehabt hat.

Die sechste Resolution schließlich nimmt Stellung zu der Neugründung von industriellen Arbeitsgenossenschaften, von Produktivgenossenschaften. Es wird darin anerkannt, daß die über den örtlichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großeinkaufsgesellschaft ist und daß die Errichtung besonderer Produktivgenossenschaften nur im Einverständnis mit dem Vorstand des Zentralverbandes und der Großeinkaufsgesellschaft sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt. Die Errichtung von Produktivgenossenschaften kann nur dann einige Aussicht auf Erfolg gewähren, wenn für eine fachmännische Leitung und ausreichendes Betriebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organisierten Konsum gesichert ist.

Redner hofft, daß die Resolutionen vom Kongress glatt angenommen und dazu beitragen werden, das Zusammenwirken von Genossenschaften und Gewerkschaften zu fördern. Beide haben das Ziel, die Arbeiterklasse dem Kapitalismus gegenüber kampffähiger zu machen. (Lebh. Beifall.)

Die erste und zweite Resolution werden einstimmig angenommen. Bei Resolution 3 bittet Hensel (Fleischer, dem Text eine etwas schärfere Fassung zu geben. Er zieht den Antrag aber zurück, nachdem v. Elm (Hamburg) ihn darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Abänderung an sich bedeutungslos sei und es sich andererseits nicht empfehle, an einer Vereinbarung zwischen Generalkommission und Zentralverband ohne Not zu ändern. Resolution 3 wird angenommen und ebenso Resolution 4, nachdem in der Diskussion Hensel die Verwaltung der Konsumvereine noch ersucht hatte, den Bogen gegen ihre Angestellten nicht zu scharf zu spannen.

Bei Resolution 5 beantragt Hensel einen Zusatz, wonach den Vorständen der in Frage kommenden Gewerkschaften zur Feststellung der Lieferanten an Konsumvereine ein Lieferantenverzeichnis auszuhändigen ist. Es ist bei Boykotts vorgekommen, daß erst im letzten Augenblicke bekannt wurde, daß die vom Boykott getroffenen Lieferanten zugleich Lieferanten von Konsumvereinen waren. Das Amendement wird, nachdem v. Elm (Hannover (Fabrikarbeiter)) es unterstützt, auf Vorschlag von Bauer der Generalkommission zur weiteren Verhandlung mit dem Zentralverband überwiesen und die Resolution 5 dann angenommen.

Bei Resolution 6 (Produktivgenossenschaften) wünscht Schneider-Erfurt (Fabrikarbeiterverband), daß die Organisationen, solange sie nicht selbst zur Eigenproduktion des Papiers übergehen können, unbedingt darauf zu sehen, das Papier nur von solchen Unternehmen zu kaufen, in denen den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt wird.

**Haupt-Magdeburg:** In der Resolution wird nur die Druckerlei der Genossenschaften als die einzige in Betracht kommende erwähnt. Die Parteidruckerien, die so viel für ihr Personal tun, müssen mindestens ebenso berücksichtigt werden. Wenn die Partei gut genug ist, für die Genossenschaften zu arbeiten, so müssen auch ihre Druckereten ebenso in Frage kommen, wie die der Genossenschaften. (Wiesfaches sehr richtig!)

**Bauer (Generalkommission):** Die Resolution bezieht sich nur auf Genossenschaften zur Organisation des Konsums, es kann also gar nicht davon gesprochen werden, daß für die gesamte Arbeiterschaft die Parteidruckerien als minder berücksichtigt angesehen werden. Daß aber die Konsumgenossenschaften ihre eigene Druckerlei berücksichtigen, ist eine Forderung genossenschaftlicher Treue. Wir erkennen mit der Resolution nur das Recht an, daß die Genossenschaften Eigenproduktion treiben.

Auch dieser Punkt der Vereinbarungen (Resolution 6) wird angenommen.

**Seebald-Dresden** macht auf den Bierboykott aufmerksam.

Der Kongress vertagt sich dann auf Dienstag 9 Uhr vor mittags.

Schluß 4 Uhr.

C. B. Dresden, 27. Juni.

Leipart eröffnet die Sitzung.

Drückner-Berlin gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 385 Delegierte und zahlreiche Gäste. Sämtliche Mandate werden debattelos für gültig erklärt.

Hierauf wird in der Erledigung der Tagesordnung fortgefahren und zunächst der gestern neu beschlossene Punkt:

### Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungsstelle

erledigt.

**Bauer,** der zweite Vorsitzende der Generalkommission, trägt unter sichbar großem Interesse der Delegierten ein umfangreiches Zahlenmaterial vor, das einen genauen Einblick in die Geschäfte der privaten Versicherungsgesellschaften bot. Obgleich durch Gesetz vom Jahre 1908 der großen Ausbeutung durch die Versicherungsgesellschaften etwas vorgebeugt wurde, betrug die durch Verfall der Policen verloren gegangene Summe noch 147 Millionen Mark. Der Referent führte aus, dem Verbestem der Versicherungsgesellschaften stände der große Werbeapparat der Gewerkschaften gegenüber, der die Verwaltungskosten gegenüber denen bei den Versicherungsgesellschaften bedeutend herabmindern könne. Die gedachte „Volkfürsorge“ ist als keine rechtsfähige Unterstützungsanstalt gedacht, nur freiwillige Unterstützungen sollen geleistet werden. Sollte aber das Aufstehen gegen diese freiwilligen Unterstützungen Einspruch erheben, so würde von dem Plane nicht Abstand genommen werden.

Redner ersucht um Annahme folgender Resolution: „Die Generalkommission wird beauftragt, gemeinsam mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungsvereinigung ins Leben zu rufen. Aufgabe der Vereinigung soll sein, den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften, die freiwillig Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen Unterstützung in Fällen des Todes, des Alters, der Kindererziehung usw. zu gewähren.“

Die zur Durchführung dieses Antrages mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine zu treffenden Vereinbarungen und das Statut der Unterstützungsvereinigung bedürfen der Genehmigung der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.“

In der Debatte wünscht **Osteroth-Waldenburg** (Bergarbeiter) eine Ausdehnung dieser „Volkfürsorge“ auf die Unfälle und wendet sich gegen den Anflug der Abonnementversicherung.

**Drückner-Berlin** (Buchbinder) regt die Ausdehnung auch auf die Krankenversicherung an.

**Umbreit** (Generalkommission): Viele Gewerkschaften zahlen heute schon Krankenunterstützung und denen dürfen wir mit der neuen Einrichtung nicht ins Gehege kommen. Überweisen Sie alle Wünsche der Generalkommission zur Erwägung.

**Raumann-Hamburg:** Der Leipziger Genossenschaftstag hat Vorstand und Ausschuß bevollmächtigt, in Verbindung mit der Generalkommission Mittel und Wege zu suchen, um den Auswüchsen des Versicherungswesens entgegenzutreten.

**Robert Schmidt** (Generalkommission): Wir wollen das Volksversicherungswesen der privaten Spekulation entziehen und auf eine reelle Grundlage stellen. Wenn wir auch noch nicht sehr hohe Unterstützungssätze zahlen können, so werden die Arbeiter doch zu unserer Einrichtung das größere Vertrauen haben.

Die Debatte schließt. Die Resolution Bauer wird einstimmig angenommen. (Lebh. Beifall.) Die vorgetragenen Wünsche und Anregungen werden der Generalkommission überwiesen.

Es folgt der Punkt

### Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz.

Referent ist

**Deichmann-Bremen** (Tabakarbeiter). Er legt folgende Resolution vor:

„Der Achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands macht sich die Beschlüsse zu eigen, die in der Resolution des ersten in Berlin 1904 abgehaltenen Allgemeinen Heimarbeiterschutzeskongresses niedergelegt sind und bekräftigt seine Abereinstimmung mit der Resolution des Deutschen Heimarbeitertages vom 12. Januar 1911.“

Der Kongress bedauert die Verzögerung in der Verabschiedung des Hausarbeitsgesetzes im Reichstag; er hält es für dringend geboten, dem Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der Kommission des Reichstags umfassende, dem Verlangen der Heimarbeiter gerecht werdende Änderungen eingefügt werden.

Als vollständig ungenügend erweist sich die Bestimmung des Gesetzes, die den Erlaß von Schutzvorschriften in das Verleihen der verschiedenen Behörden stellt. Die Folge dieser Anordnung wird sein, daß unter dem Einfluß der Unternehmer, die doch nur des höheren Profits wegen die elenden Verhältnisse der Heimindustrie erhalten wollen, jeder Versuch lokaler Behörden, gegen Mißstände vorzugehen, dem Widerspruch dieser Interessenten unterliegen wird.

Die sanitären Schutzvorschriften sowie die Bestimmungen des Arbeiterschutzes bedürfen einer allgemein gültigen gesetzlichen Regelung, die nur unterbrochen werden kann durch weitergehende Vorschriften für die Berufe, die besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter bieten. Für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie muß das gänzliche Verbot der Heimarbeit gefordert werden.

Vor allem darf die Regelung der Lohnfrage im Gesetz nicht fehlen. Dazu gehört:

1. die Aushängung der Lohnkarte in den Räumen, wo Heimarbeit ausgeübt wird;
2. die Verabreichung von Lohnbüchern oder Lohnzetteln bei Übergabe der Arbeit mit genauer Angabe der Löhne und der Abzüge;
3. Verbot der Anrechnung der gelieferten Rohstoffe oder Materialien, Errichtung von paritätisch zusammengesetzten Lohnkommissionen mit der Befugnis, für die Berufe, die nicht durch umfassende Tarifverträge die Regelung der Löhne herbeigeführt haben, allgemein gültige Minimal-löhne festzusetzen.





## An die Parteigenossen des Fürstentums Lübeck!

Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei für das Fürstentum Lübeck findet am

Sonntag, dem 13. August 1911,  
vormittags 10 Uhr,

in Pactans Gesellschaftshaus, Fackenburg b. Stockelsdorf, statt.

### Tagesordnung:

- I. a) Bericht des Zentralvorstandes,  
b) Bericht der Kontrollkommission,  
c) Bericht der Ortsvereine.
- II. Bericht über unsere im letzten Jahre stattgefundenen Gemeinderatswahlen. Berichterstatter: H. Fick.
- III. Die bevorstehenden Land- und Reichstagswahlen. Referent: Joh. Stellung.
- IV. Anträge und Delegiertenwahlen zu den Parteitagen.
- V. Wahlen.
- VI. Verschiedenes.

Die Ortsvereine werden ermahnt, die Delegiertenwahlen frühzeitig vornehmen zu wollen. Von der erfolgten Wahl ist dem Unterzeichneten Mitteilung zu machen.

Anträge, Quartalsabrechnungen, Jahresabrechnungen und Jahresberichte sind bis zum 10. Juli an uns einzusenden.

Die Ortsvereine, die nicht früh genug einsenden, werden auf der Generalversammlung bekannt gegeben.

Mit parteigenösslichem Gruß

Der Zentralvorstand.

J. A.: Heinrich Fick, Stockelsdorf.

## Achter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

C. B. Dresden, den 26. Juni.

Legien (fortfahren): Diese Behörden tragen die Verantwortung für die falsche Statistik. Wir sehen auch hier wieder den kolossalen Einfluß der Unternehmer. (Allgemeine Zustimmung.) Ein krasser Widerspruch gegen Recht, Gesetz und Handelsverträge ist das skandalöse System des Legiationsstarrenzwanges auf die ausländischen Arbeiter. Da ein Reichstagsbeschluss ergebnislos blieb, macht man jetzt die betreffenden ausländischen Regierungen in ihren Parlamenten darauf aufmerksam. — In der Maifeler-Frage wurde nach Ablehnung der Hamburger Basis durch den Münchener Parteitag eine neue Vereinbarung zwischen Partei und Gewerkschaften in Leipzig genehmigt. Akzeptieren Sie sie womöglich ohne Diskussion. Nach ein paar Jahren werden wir ja sehen, ob Änderungen nötig sind. Zwischen der Generalkommission und einzelnen Parteiorganen und Parteischriftstellern sind etliche Differenzen gewesen. Aber zwischen Parteivorstand und Generalkommission besteht vollste Einmütigkeit. Diese Erklärung werden die Christlichen natürlich wieder ausnützen. Aber dadurch sind wir noch nicht sozialdemokratische Gewerkschaften. Wir können gar nicht anders, als in vielen Dingen mit der Partei zusammenzugehen. Allein auch ohne gesetzliche Notwendigkeiten wäre es wohl zu einer Zerteilung der Arbeiterbewegung gekommen, weil die Praxis sie erforderlich machte. Der politisch reife Teil unserer Mitglieder gehört eben zur Sozialdemokratie. Die Christ-Dunderschen und Christlichen

sichern sich auch politische Vertretung. Aber ist es denkbar, daß Arbeiter dem Zolltarif und den indirekten Steuern, dem Militarismus und dem Marinismus zustimmen könnten? Der naturnotwendige Zusammenhang, wie er zwischen unseren Mitgliebern und der Sozialdemokratie besteht, besteht bei den christlichen Arbeitern und ihrer parlamentarischen Vertretung also nicht. Sozialdemokratische Gewerkschaften wären wir jedoch nur, wenn wir als Bedingung für die Aufnahme das Bekenntnis zur Sozialdemokratie forderten. Wir reagieren nicht auf alle Angriffe, dazu ist das „Korrespondenzblatt“ nicht da. Anders lag es bei der Frage: Ist gewerkschaftliche Arbeit Sisyphusarbeit? Wer wenige Jahrzehnte zurückblickt und unsere heutige Arbeiterschaft ansieht, der kann von Sisyphusarbeit nicht sprechen trotz Zolltarif und allem anderen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Ergebnis der langen Polemik mit Kautsky war die ziffernmäßige Darstellung dessen, was einzelne Organisationen erreicht haben. Dann kam die Diskussion über die angebliche Entfremdung der Gewerkschaftsbeamten aus der Sphäre des Proletariats. Dagegen mußten wir doch Front machen. (Lebhafte Zustimmung.) Wieviele Gewerkschaftsbeamte haben ihren Fonds an Kraft für die Arbeiterkraft aufgebraucht? Und ein Schriftsteller, der vielleicht jetzt in die Partei hineinstreift und auf der anderen Seite wieder hinaus (lebhafte Zustimmung), der soll diese enorme verdienstvolle Arbeit als Abkehr zu bürgerlichen Anschauungen bezeichnen dürfen? (Erneute lebhafte Zustimmung.) Ja, und der Ton! Mit Selbe naht man keinen großen Sach. Wir haben — „materialistisch“ und „marxistisch“ wie er — Bannetocks Auffstellung der persönlichen Verhältnisse der Gewerkschaftsbeamten die seiner persönlichen Verhältnisse gegenübergestellt. (Beifall.) — Gompers schließlich, der dritte Anlaß zu einer Diskussion, kam nach Deutschland nicht als Vertreter der „Gilde-Föderation“, sondern als Vertreter einer der größten Gewerkschaftsorganisationen der Welt, und danach hatten wir ihn zu behandeln. Das hatte ich noch am Bericht zu ergänzen. (Lebhafte Beifall.) Cohen-Berlin beantragt, dem Kassierer Kube die Entlastung zu erteilen, da die Revisionen tadellose Ordnung ergeben haben.

### Die Diskussion.

Mehrere Anträge werden zurückgezogen, so die auf Verschmelzung der Partei- und Gewerkschaftsschule, auf Heranziehung nur sozialdemokratischer Lehrer und auf Verhandlung der Maifelerfrage auf dem nächsten Internationalen Kongress, die meisten Anträge werden nicht genügend unterstützt. Nicht unterstützt wird auch folgender Antrag des Zweigvereins Bremen des Deutschen Bauarbeiterverbandes:

„Es sind in Zukunft die Arbeitsprodukte des Herrn Galver im „Korrespondenzblatt“ nicht mehr aufzunehmen, weil diese den Klassenkampf nicht fördern, sondern hemmen, weil erwiesenermaßen verschiedene seiner Schriften in bester Weise die Sache des Kapitals, des Gegners des Proletariats beförtern.“

Ein Antrag auf Einsetzung einer elfgliedrigen Kommission für die Angelegenheiten der Gewerkschaftsschule wird genügend unterstützt.

Dupont (Bildhauerverband) begründet den Antrag, eine von der Generalkommission zu verwaltende Zentralkasse für besonders große aufstrotzende Kämpfe zu schaffen. Die jetzige Form der Sammlungen wird sich nicht immer durchführen lassen. Wir haben den Antrag nicht gern gestellt, aber es ist nötig, die Zentralvorstände mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Da Da begründet einen Antrag auf besondere Förderung der Hausangestelltenorganisation, deren Mitgliederzahl auf 4918 gestiegen ist. Die Christlichen und Hausfrauen bieten alles gegen unseren Verband auf. Wir brauchen namentlich Hilfskräfte, die nicht erlahmen, wenn die Arbeit größer ist als der Erfolg.

Cohen-Berlin empfiehlt folgenden Antrag:

„Bei Aussperrungen, deren Abwehr infolge ihres Umfangs nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, ist von allen der Generalkommission angeschlossenen Verbänden ein der Mitgliederzahl entsprechender Beitrag zu erheben. Jedoch muß bei der Beitragsfestsetzung entsprechend der finanziell geringeren Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen ein Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern gemacht werden. Die Art der Aufbringung der Mittel bleibt den Gewerkschaften überlassen, darf aber keinesfalls durch Sammlungen über die eigene Mitgliedschaft hinaus gehen. Über die Notwendigkeit derartigen Aktionen entscheidet die Generalkommission in Verbindung mit den Hauptvorständen.“

Wir wollen keinen Generalkollektionsfonds und halten ihn für schädlich. Die in Köln geregelte Art der Sammlungen kann aber nicht bestehen bleiben. Heute sind die Sammlungen ein Barometer für die Arbeitgeber zur Beurteilung des Standes der Kämpfe. Dieser Blick in unser Geldspind muß den Arbeitgebern verwehrt werden. Wir können aber nach unserem Antrage auch die Lasten etwas gleichmäßiger als bisher verteilen. Heute drückt sich eine Anzahl Mitglieder, sogar eine Anzahl Organisationen, und die, die ihre Pflicht tun, haben um so schwerer zu tragen. Bei dem großen Kampf in Schweden haben wir pro Woche rund 100 000 Mk. hereinbekommen, das entspricht 5 Bfg. pro Woche für das Mitglied unserer Gewerkschaften. Bei sehr großen Kämpfen muß jedem organisierten Arbeiter die Durchführung doch fünf Pfennig pro Woche wert sein, und dieser Beitrag kann, selbst wenn der Kampf noch solange dauert, nicht zu schwer werden. Bei einem 10-Bfg.-Beitrag bekommen wir 200 000 Mk. pro Woche, wenn wir annehmen, daß die Viertelmillion über 2 Millionen hinaus Arbeitslose oder Kranke sind. Wir wären also in der Lage, pro Woche doppelt so viel an Unterstützung zu leisten, als was wir für die Schweden geleistet haben. Und keine Unternehmerorganisation würde sich, um nicht lächerlich zu werden, getrauen zu sagen, daß die Arbeiter nur ganz kurze Zeit in der Lage wären, solche Beiträge zu leisten. Den einzelnen Gewerkschaften machen wir gar keine Vorschriften, wie sie den Betrag aufbringen sollen, sondern nur, was sie abzuführen haben. Wir haben durchaus nicht die Absicht, die Gewerkschaften zu hindern, das zu leisten, was sie aus eigener Kraft tun können. Bei vorherigen Sammlungen aber würde man sich auf das vorhandene Geld stützen, und wenn Geld da ist, dann kann die Generalkommission Ansuchen auch dann nicht ablehnen, wenn von der betreffenden Organisation vielleicht manchmal nicht ganz einwandfrei gehandelt worden ist. Dadurch, daß wir der Vorstandsbesetzung überlassen wollen, zu bestimmen, wann eine solche Umlage eingehoben werden soll, sind alle Garantien gegeben. Wie es heute ist, geht aus einer Auffstellung der Berliner Gewerkschaftskommission hervor; da hat eine Gewerkschaft bei einem großen Kampfe 250 Mk. pro Mitglied aufgebracht, eine andere mit gleichen Verhältnissen 83 Bfg., eine andere gar 26 Bfg. (Hört, hört!)

Um eine Änderung des Kölner Beschlusses von 1905 konnten wir nicht gut herum. Wir geben uns zufrieden, wenn sich der Kongress dem Grunde nach mit der von uns vorgeschlagenen Regelung einverstanden erklärt und die Einzelheiten und die Ausführung der Vorstandsbesetzung überläßt. Ich hätte es lieber gesehen, wenn Legien über die Frage der Sisyphusarbeit ausführlicher gesprochen hätte. Ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaften nicht Sisyphusarbeit leisten, ist auch, daß Gesetze, die eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter bringen, doch auch gekommen wären, wenn wir nicht durch unsere positive Arbeit die Lebenshaltung verbessert hätten. (Sehr richtig!) Wenn wir mit unserer positiven Arbeit nichts anderes vermocht hätten, als eine Herabdrückung der Lebenshaltung zu verhindern, so wäre das allein schon etwas, das jeden organisierten Arbeiter die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Arbeit als notwendig erkennen ließe. (Zustimmung.) Im Laufe der letzten drei Jahre konnten wir öfter feststellen, daß ausländische

## Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtel.

(91. Fortsetzung.)

Wie die Hausfrau zu mir wiederkehrte, fand sie mich in heißen Tränen. Sie hatte zarten Sinn genug, zu schweigen und mich weinen zu lassen. Dann bot sie mir ein Nachtlager. Das nahm ich an und bat um Feder und Papier, welche die Magd mir brachte. Ich schrieb folgende Zeilen:

Graf Guido!

Gräfin Julia habe ich gesehen — Sie sind gerechtfertigt. Ich begreife, daß mich nicht mehr lieben kann, wer eine Lust mit ihr geatmet.

Sie haben meine Lebensglück zerstört; Gott verzeihe Ihnen! Ich vermag es nur dann, wenn Sie von nun an keinen anderen Gedanken hegen, als diejenige glücklich zu machen, die sich Ihnen geben will. Darf ich dies glauben, so sterbe ich veröhnt mit Ihnen.

Antoinette.

Dieses Blatt gab ich am nächsten Morgen der Pastorin, nachdem sie es erst gelesen und ich es hernach versegelt, zur Besorgung an den Grafen Guido von Erlenstein.

„Wollen Sie sich umbringen?“ fragte mich, bleich vor Schreck und Angst, die zitternde Frau.

„Ich will weder in einen Fluß springen,“ entgegnete ich, „noch ein Messer in meine Brust bohren, noch dies Lächeln um meinen Hals schnüren, noch sonst gewaltfam meinem erbärmlichen Leben ein Ende machen; das darf ich Ihnen geloben. Nicht weil mir die Luft dazu fehlt, — nein, nur der Mut. Aber ich will weiter ziehen und mich sterben lassen — sei's wo es sei. Fragen Sie nicht, wohin ich mich wende! Ich weiß es nicht. Die Erde ist groß, und überall, wo ein Sterblicher endet, findet sich ein Grab. Gott segne Sie — und er segne — Julie!“

Die Pastorin küßte mich auf die Stirn, und ich verließ ihr Haus.

Ich bin bis hierher sehr ausführlich gewesen mit meinen Bekanntschaften. Teils weil ich Dir deutlich darstellen wollte, mein teurer Anton, wie es geschah, daß der Entschluß, für tot zu gelten, so feste Wurzel in mir fassen konnte; teils weil ich Dich hinweisen wollte auf jenes himmlische Wesen, welches Deinem Vater Gattin wurde, und durch dessen Vermittlung, — das ist's, was mich auf meinem Sterbelager mit tröstender Zuversicht erfüllt, — Du Dich mit ihm vertragen kannst.

Von nun an werde ich eilen müssen, will ich ans Ende dieser Schilderung gelangen, bevor mein Ende mich erreicht.

Von jenem auflobernden Lebensmüte, der in der duffigen Nacht des blühenden Glashauses sich hat regen wollen, war nichts mehr übrig geblieben. Meine Eitelkeit, mein Selbstvertrauen hatten, Gräfin Julie gegenüber, einer trostlosen Entsagung weichen müssen. Mit ihr verglichen kam ich mir niedrig, unzureichend, gemein vor. Fragst Du, ob ich in Wahrheit die Absicht gehegt, „mich sterben zu lassen“, so kann ich heute keine bestimmte Antwort mehr darauf erteilen. Ich fürchtete den Tod, dennoch wäre er mir willkommen gewesen. Ich hätte das Leben, dennoch knüpfte ich von Stunde zu Stunde wieder unklare Hoffnungen an seine Fortdauer. Fürs erste eilte ich nur heftigen Schrittes, aus dem Bereiche jener Orte zu gelangen, deren Bewohnern ich für eine Abgeschiedene gelten wollte; das war mein nächster Wunsch. Ich hatte ein unbestimmtes Vorgefühl, daß es anderer Gegenden bedürfte, sollte ich ein neues Dasein beginnen, fremden Sitten, fremder Sitten, eines fremden Namens für mich. Die Kantortochter, die Geliebte des Grafen Guido, die Mutter des kleinen Anton, — (o, ich bedauernwertes Weib!) — mußte wirklich gestorben sein, allen, die von ihr wußten, wenn dasjenige, was in mir noch lebendig wartete und strebte, sich auf irgend eine Art geltend machen wollte.

Mittlerweile war ich der Landesgrenze immer näher gekommen. Von der Notwendigkeit eines schriftlichen Ausweises über meine Person hatte ich ebensowenig Kenntnis als Du mein Sohn, gehabt, da Du bei der Simonelli anlangtest, wie ich aus Deinen eigenen Erzählungen weiß. Du konntest, wenn Du mir von Deinem Leben berichtetest, wohl nicht ahnen, mit welcher eigentümlichen Empfindungen die Mutter allen Momenten lauschte, wo das Schicksal des Sohnes Ähnlichkeit mit dem ihrigen hatte.

Mir wurde es nicht so gut, den Raß einer Entwichenen zu erben, wie Du jenen des nach Rußland übergetretenen Antoinette. Ich hatte noch schwer zu leiden, bevor ich diese kleinliche Not überwunden.

Ich machte auf der Landstraße die Bekanntschaft zweier böhmischen Harfenmädchen, die, von einem jungen Menschen begleitet, durchs Land zogen. Sie redeten mich an wie ihre Gleichen, und in meiner völligen Ratlosigkeit nahm ich ihr Anerbieten an, mit ihnen zu gehen. Sie machten mich in einem Dorfmittschaufe, wo sie anhielten, singen, nachdem ich ihnen entdeckt, daß ich in Musik und Gesang aufgewachsen war. Ihre Freude über meine Stimme und Vortrag war unverkennbar, wenn auch nicht uneigennützig, denn sie legten

mir dringend zu, mit ihnen in Gemeinschaft zu treten. Zu diesem Zwecke suchten sie aus ihren Reisegeldern allerlei hervor, wodurch meine Tracht der ihrigen möglichst ähnlich wurde, begrüßten mich sodann als Kameradin, und zwangen mich, — wenn Bitten und Verprechungen Zwang genannt werden dürfen, — sie ferner zu begleiten.

Unter ihrem Schutze kam ich freilich ohne Schwierigkeit von einem Ort zum andern, weil sie überall bekannt und vertraut, nirgend angehalten oder befragt wurden. Doch mußte ich diesen Schutz teuer erkaufen, da Männer jeden Alters und Standes gegen mich denselben freien Ton annehmen wollten, den sie bei meinen Gefährtinnen gewöhnt waren. Diesen letzteren schien es zu gefallen, daß ich jede Zudringlichkeit mit Ernst und mürrischem Stolge abwieß, nur meine Lieber sang, übrigens aber schwieg und mich in gar nichts mischte. Sie gestanden mir nebst meinem Übergewichte als Sängerin auch dasjenige eines sittlichen, anständigen Benehmens zu, weil es mit ihrem gewöhnlichen Treiben sich so am besten vertrug. Die beiden Schwestern, denn dies waren sie, hielten sich zurück, wenn rohe Frechheit das äußerste von ihnen begehren wollte; bis dahin jedoch erduldeten sie so ziemlich alles und von jedem, und zwar mit dem schamlosen Eingeständnis, für jeden heuchlerischen Blick, für jeden gestohlenen Händedruck ein Geschenk zu erwarten. Ihr Begleiter galt zugleich für ihren erklärten und begünstigten Liebhaber; merkwürdig und unbegreiflich, für den Liebhaber beider Schwestern, die beide, während sie ihm nicht gestattet, mit anderen Mädchen ein Wort zu wechseln, gegenseitig keine Gierigkeit aufeinander zeigten. Nepomuk — so hieß der junge Mensch — durfte schon genannt werden, eine milde, sonnenverbrannte, schwarzlockige Schönheit, die jedem Frauenzimmer von zartem Gefühl Angst und Grauen einjagen mußte. Er trug, gleichwie er ohne Murren und mit eiserner Körperkraft die schwere Last eines Reisefasses neben der Harfe schleppte, schweigend, ohne Lächeln, düstern Blickes, — so auch die Liebestyrannen der beiden Schwestern. Sie behandelten ihn wie einen Sklaven; er duldete dies ohne Vorwurf, ohne Klage; dennoch entging mir nicht, daß er zuletzt der Herr und Gebieter sei, dem die frivolen Mädchen sklavisch untergeben waren. Das Verhältnis in seiner Seltsamkeit wäre für den beobachtenden Menschenkenner höchst lehrreich geworden; mir konnte es natürlich nur Schauer abgewinnen. Aber ich mußte mich fürs erste fügen. Auch wurde ich gut und rücksichtsvoll behandelt, sodaß ich keine Ursache zu Klagen fand.

(Fortsetzung folgt)

Arbeiter, die 6, 7 bis 8 Jahre unbehindert in Preußen sich aufgehalten hatten, in dem Augenblick ausgewiesen wurden, wo sie sich an einem Streik beteiligten. Vor einigen Monaten hat ein Unternehmer in Berlin einem streikenden Arbeiter, einem Schweizer Bürger, gedroht: Wenn du die Arbeit nicht aufnimmst, denke daran, daß du Ausländer bist! Der Mann hatte noch 500 Mk. von seinem Arbeitgeber zu fordern. Der Arbeitgeber sagte ihm: Wenn du in der Öffentlichkeit davon redest, du weißt, du bist Ausländer, ich kann gegen dich vorgehen. Der Mann forderte auf meinen Rat seine 500 Mk. und wurde ausgewiesen. (Sturm, hört, hört!) Die Polizei läßt sich ja manchmal allerdings auch ein Schnippen schlagen. Einem gelehrten Eisenarbeiter erklärte sie: Du darfst nicht in Preußen bleiben, wenn du dir nicht in einem Nebenberuf der Landwirtschaft oder in dieser selbst Beschäftigung suchst. Ich besorge dem Mann Beschäftigung in einer landwirtschaftlichen Maschinenfabrik (Stürmische Heiterkeit) und die Polizei gab sich damit zufrieden. (Erneute Heiterkeit.) Gegen Genosin Baar habe ich zu bemerken, daß keineswegs Frauen unter Arbeiterinnen besser agitieren können als Männer. Wir haben über 8000 Arbeiterinnen der Organisation zugeführt, ohne daß wir eine weibliche Arbeitskraft dazu gebraucht hätten.

Winnig (Hamburg): Wir haben unseren Antrag auf Ausbau der Gewerkschaftsschule gestellt, bevor wir wußten, wie sich Legien in dieser Frage verhalten würde. Nachdem er gesprochen, erscheint er uns um so notwendiger. Der sachliche Kern unseres Antrages ist die Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Kurse dahin, daß die Dauer der Kurse verlängert und die Zahl der Teilnehmer verringert wird. Jeder der einen gewerkschaftlichen Kursus besucht hat, wird mit mir der Ansicht sein, daß ihre Verlängerung durchaus geboten ist. Jetzt muß in wenigen Wochen ein so gewaltiger Unterrichtsstoff zusammengedrängt werden, daß die Schüler nicht fähig sind, sich bei jedem Punkt so zu konzentrieren, daß sie dauernden Gemint vom Unterricht haben. Legien hat dagegen eingewendet, man wisse nicht, was mit den Schülern geschehen solle, wenn sie sechs Monate ihrem Beruf entzogen würden. Die Antragsteller haben nicht an einen sofortigen Sprung auf sechs Monate gedacht. Nur die allmähliche Verlängerung der Dauer der Kurse um vierzehn Tage oder vier Wochen streben wir an. Der Einwand, was mit den Schülern geschehen soll, erledigt sich durch den Hinweis auf die Parteischnle. Diese wären mit ihren sechs Monatskursen ja in gleicher Verlegenheit. (Zuruf: Ist sie auch!) Nach Absolvierung gehen die Parteischnler wieder in ihren Beruf. (Zuruf: Nein!) Mit der Verlängerung der Kurse hand in Hand muß die Verminderung der Teilnehmerzahl gehen. Wir denken daran, daß im Höchstfalle 80 Teilnehmer zu jedem der beiden Kurse im Winterhalbjahr zugelassen werden. Dann werden im Jahre nur 60 ausgebildet, und die Verlegenheit, wohin mit den Schülern? rebuziert sich dann beträchtlich. Heute werden drei oder sogar vier Kurse abgehalten, an jedem Kursus nehmen 60, im Maximum 70 Schüler teil, wir haben also im Jahre rund 200 ausgebildete Schüler. Allerdings, wenn man glaubt, daß für jeden Auszubildeten eine besoldete Stellung in der Arbeiterbewegung freigehalten werden müsse, gerät man in große Verlegenheit. Wo aber ist denn dieser Grundsatz jemals ausgesprochen worden, daß ein Anspruch des Schülers auf eine solche Stellung besteht? Auch manche der Lehrer in der Gewerkschaftsschule werden über die Notwendigkeit, die Teilnehmerzahl zu beschränken, derselben Meinung wie wir sein. Bei 60 bis 70 Teilnehmern ist es einfach nicht möglich, daß der Unterrichtende sich davon überzeugt, ob der einzelne Schüler ihm folgt und ob er richtig verstanden worden ist. Jede individuelle Behandlung, jede Kontrolle wird durch die große Schülerzahl unmöglich. Vor fünf Jahren hatten wir über jeden einzelnen Gegenstand drei oder vier Diskussionsstunden. Können in diesen paar Stunden alle Bedenken und alle Mißverständnisse beseitigt werden? Was wir an Quantität einbüßen, werden wir sicher an Qualität gewinnen. Je länger die Partei- und die Gewerkschaftskurse bestehen, um so mehr hat sich mir die Überzeugung aufgedrängt, daß unseren Kursen etwas fehlt. Eine ungeheure Menge einzelner Tatsachen wird dem Schüler zugeführt; aber zwischen den Stoffgebieten fehlt das einigende Band, die theoretische Zusammenfassung zu einem Gesamtbilde. Das aber bietet die Parteischnle. Im Lehrplan unserer Kurse fehlt ein Lehrgang, der sich mit Soziologie, mit Gesellschaftswissenschaft befaßt. Ihn dahin auszubauen, würden wir nicht zu bereuen haben. Unser Antrag fordert, daß eine besondere Kommission sich mit dem Ausbau der Gewerkschaftskurse befaßt. Darin soll durchaus kein Mißtrauen gegen die Generalkommission liegen, und wir sind gern bereit, auf die besondere Kommission zu verzichten, wenn der sachliche Kern unseres Antrages angenommen wird. Ich habe mich gefreut, daß Legien jene Angriffe zurückgewiesen hat, die sich gegen den Lehrkörper der gewerkschaftlichen Kurse gerichtet haben. Es wäre besser gewesen, wenn diejenigen unserer politischen Organe, die diese Angriffe gebracht haben, sich hierin eine größere Reserve auferlegt hätten. Sie sollten nicht bei jeder Gelegenheit schreiben, Calmer hat das geschrieben, und Schippe! jenes, etwa über die Zollfrage, das sich nicht mit dem Schema F verträgt, und dann hinzufügen: Das sind die Lehrer unseres gewerkschaftlichen Nachwuchses. Wir haben uns noch nie über den Standpunkt aufgehalten, den die Lehrer unseres Parteinauwuchses einnehmen. Wir haben uns nie darüber mokiert, daß Pannetox Lehrer an einer Parteischnle ist, obwohl er der Gewerkschaftsbewegung doch wirklich nicht gerecht wird. Wir wünschen aber andererseits, daß die politische Seite unsere Selbständigkeit respektiert und die Hände davon läßt. Allen Wünschen auf Verschmelzung von Partei- und Gewerkschaftsschule müssen wir einwilligend ablehnend gegenüberstehen. Unser Antrag strebt eine solche Verschmelzung nicht an, sondern will die Gewerkschaftsschule nur mit der Parteischnle gleichwertig machen, von der wir anerkennen müssen, daß sie, schultechnisch betrachtet, viel besser organisiert ist. (Beifall.)

G. Dittmer (Berlin): Unser Verband hat die Anordnung getroffen, daß jeder Schüler einen schriftlichen Bericht mit kritischen Anmerkungen über seinen Aufenthalt in der Gewerkschaftsschule erstattet. Wenn jede Gewerkschaft ebenso handeln würde, wäre sie bald im Klaren darüber, was der Gewerkschaftsschule fehlt. Es wird allgemein darüber geklagt: die Kurse sind zu kurz. Nachdem sich die Generalkommission einmal entschlossen hat, ihre Dauer von vier Wochen auf sechs Wochen zu verlängern, wird sie sich hoffentlich auch zu acht oder zehn Wochen, oder schließlich auch zu einem Vierteljahr entschließen. Der Aufsicht Legiens, daß eine Vereinigung von Partei- und Gewerkschaftsschule nicht in Frage käme, weil eine solche Schule dann nicht dem gewerkschaftlichen Charakter entsprechen würde, kann ich nicht teilen. Es entspricht durchaus dem gewerkschaftlichen Charakter, daß Parteivorstand und Gewerkschaftskommission Hand in Hand gehen. Und wenn in weiter Zukunft durch Austausch oder Veränderungen im Lehrkörper ein Teil des Unterrichtsprogramms gemeinsam erledigt würde, würde vom gewerkschaftlichen Standpunkt nichts dagegen einzuwenden sein. Jedenfalls haben wir keine Veranlassung, einen solchen Gedanken für alle Zukunft abzulehnen. Es ist gesagt worden, wir können im gewerkschaftlichen Kursus dem Schüler nicht die Wissenschaft bringen. Bei der Parteischnle liegt es ganz natürlich, auch dort wird immer nur der Weg zur Weiter-

bildung angegeben werden. Gerade die Arbeit des Gewerkschaftsbeamten ist volle Arbeit. Es bleibt ihm wenig Zeit zur Weiterbildung. Er profitiert an Erfahrung, aber in theoretischer Beziehung wird es dem einzelnen kaum möglich sein, sich planmäßig fortzubilden. Um so notwendiger ist eine theoretische Vorbildung in den Kursen. Das lange Herausnehmen aus der Tätigkeit erklärt es, weshalb so wenig Gewerkschaftler in die Parteischnle gehen. Um so mehr muß die Gewerkschaftsschule den Gewerkschaften gründliche Bildung zuführen. Ich bin deshalb für den Antrag Winnig. (Beifall.)

Kloth (Berlin): Der Antrag des Zentralvereins der Bildhauer auf eine allgemeine Streikunterstützungskasse, die von der Generalversammlung verwaltet wird, zur Unterstützung solcher Streiks, die von den betroffenen Verbänden allein nicht durchgeführt werden können, scheint mir, wenn man überhaupt über die Kölner Resolution in dieser Frage hinausgehen will, den Vorzug vor dem Antrag der Berliner Metallarbeiter zu verdienen. Gewiß, jede Gewerkschaft sorgt zunächst für sich; aber auch größere Gewerkschaften können in die Lage kommen, die Hilfe der anderen in Anspruch zu nehmen. Die kleineren Gewerkschaften, die überhaupt nicht fähig sind, aus eigenen Verhältnissen heraus einen Kampf zu führen, werden absterben oder sich den größeren Industrieverbänden anschließen müssen. Was bedeuten die 200 000 Mark wöchentlich, die Cohen herausgerechnet, bei wirklich großen Ausperrungen? Werden 300 000 Arbeiter ausgesperrt, so sind mindestens 3 Millionen Mark wöchentliche Unterstützung notwendig. Und daß so große Ausperrungen nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit sind, sollten gerade die Metallarbeiter wissen nach den Vorgängen bei der Ausperrung der Hamburger Werftarbeiter. In solchen Fällen aber kommen wir nicht aus, erst dann mit der Sammlung zu beginnen, wenn die Ausperrung da ist. Das ist eine Weisheit aus dem Kindheitsalter der Gewerkschaften, und sie wollen wir nicht wieder einführen. Dem Antrag Cohen haftet etwas der Ludergeruch des Generalkontostreikfonds an. In Zukunft muß die Generalkommission bei der Unterstützung notleidender Gewerkschaften aus übriggebliebenen Fonds mehr Regelmäßigkeit eintreten lassen.

Gertrud Hanna (Berlin): Es kann wirklich vorkommen, daß Männer unter den Arbeiterinnen in der Tat agitatorisch wirksamer sind als Frauen. Die Arbeiterinnen nehmen in vielen Betrieben eine untergeordnete Stellung ein; der Mann ist der Vorgesetzte, und wenn er agitiert, wirkt er besser. Auch in den Metallfabriken sind die Arbeiterinnen meist Hilfsarbeiterinnen; aber dabei darf nicht übersehen werden, daß es das Vertrauen der organisierten Arbeiterinnen stärkt, wenn auch Frauen in der Verwaltung arbeiten und agitatorisch wirken. Die Ausführung Cohens ist wohl nur bedingt aufzufassen. (Cohen: Sehr richtig!) Hoffentlich nehmen Sie die Resolution Baar an.

Leipart (Holzarbeiter): Gleich allen Rednern habe auch ich keine Kritik an der Generalkommission zu üben. Wir sprechen ihr unsere Anerkennung aus. Einverständnis sind wir auch mit der weisen Mäßigung in der notwendigen Abwehr der mitunter recht schroffen Angriffe aus manchen Parteikreisen. Wir lassen uns von unseren Kursteilnehmern schriftlichen Bericht erstatten. Alle haben erklärt, unbeschadet ihrer Stellung zu den Meinungsverschiedenheiten in der Partei, daß gerade die angegriffenen Lehrkräfte die besten seien. Nachdem Legien uns erklärt hat, daß die Voraussetzung für gedeihliches Wirken das Vertrauen sein soll, können wir uns darauf verlassen, daß auch die Sache bei der Generalkommission in guten Händen ruht. Ich bin gegen den Antrag Winnig auf Einigung einer besonderen Kommission für die Angelegenheit der Schule, und im übrigen existiert diese Kommission schon in der Konferenz der Zentralvorstände, die immer im Einvernehmen mit der Generalkommission ist. Der Antrag würde ein Mißtrauensvotum gegen die Generalkommission und gegen die Konferenz sein. Die Mehrzahl der Teilnehmer sagt, daß der Stoff zu ausgiebig sei und am Schlusse nicht genügend erörtert werden könnte. Es ist aber schon der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß daran die Lehrkräfte schuld sein können, indem sie zunächst die Stunden nicht genug ausnützen und dann die Sachen übers Knie brechen. Diesbezüglich kann die Generalkommission mit den Lehrkräften Rücksprache halten. Es bestehen noch mancherlei Gründe, die es nicht wünschenswert erscheinen lassen, die Unterrichtskurse zu verlängern. Zur Frage der gegenseitigen Streikhilfe müssen wir auch heute, wie schon früher, erklären, daß wir der Gründung eines Generalkontostreikfonds im Sinne des Antrags der Bildhauer nicht zustimmen können. Die von mir schon 1896 in Berlin angeführten Gründe liegen noch heute vor. Nach Lage der Dinge scheint mir auch keine Gefahr zu bestehen, daß sich heute eine Mehrheit für die Gründung eines solchen Fonds finden würde. Ich habe aber auch Bedenken gegen den Antrag der Metallarbeiter. Wir hatten auf dem Kongreß in Köln zunächst den Mißstand zu beseitigen, daß es jeder einzelnen Gewerkschaft völlig freistand, die Unterstützung der gelamten Arbeitererschaft anzurufen. Wenn ein Streik in einer Branche ausbrach, die die allgemeine Sympathie hatte, wie die armen Weber oder die Bergarbeiter tief unter der Erde, so hat sich gezeigt, daß die Selbstständigkeit in der Vornahme von Sammlungen eine Summe von Ungerechtigkeiten bedeutete. Deshalb wurde das Prinzip aufgestellt: die einzelne Gewerkschaft hat ihre Finanzkraft so zu stärken, daß es zur Regel werden muß, auch größere Kämpfe werden unterstützt. Bei gemeinschaftlichen Aktionen sollen aber sämtliche Verbände entscheiden und auch über die Verwendung der Gelder soll der Generalkommission die Kontrolle zustehen. Ich glaube, wir sind so gewaltig fortgeschritten, daß wir sagen können, daß im allgemeinen mit der Kölner Regelung auszukommen gemessen ist. Seitdem ist noch kein einziger größerer Streik, bei dem die Unterstützung der Gesamtheit angerufen werden mußte, deshalb abgebrochen worden, weil die Mittel versagt haben. Bei dem größten Kampf, dem im Baugewerbe, ist noch ein ganz namhafter Überschuß von den Sammlungen übrig geblieben. Deshalb bin ich der Meinung, daß zurzeit ein besonders großes Bedürfnis nach einer anderweitigen Regelung nicht vorhanden ist, insbesondere, weil Einmütigkeit über die Weiterbildung dieser Einrichtung nicht besteht. Wir können uns begnügen, daß auf den Konferenzen der Vorstandsvertreter regelmäßig über die Weiterbildung der Form der gegenseitigen Streikhilfe eingehende ernste Beratungen gepflogen worden sind, und zweifellos gepflogen werden. Wir werden uns mit der Regelung in Köln nicht begnügen, sondern werden weitergehende Schritte unternehmen können und müssen. Aber ich bitte Sie, keinen Beschluß zu fassen, der Widerspruch in den eigenen Reihen hervorzurufen muß, und der uns nicht dazu führen würde, eine Besserung in den gegenwärtigen Zuständen herbeizuführen. Der Antrag der Metallarbeiter würde meines Erachtens zur Folge haben, daß der Betätigung der freiwilligen Solidarität in der Zukunft große Hindernisse bereitet werden. Sie sagen, daß sei nicht ihre Absicht, aber die Generalkommission würde feststellen müssen: es wird ja wohl so viel gebraucht, das wird es die Verbände verteilt, wo Geld vorhanden ist, wird es aus den Kassen genommen, und die Möglichkeit, daß ein guter Freund, ein Nachbar, ein verwandter Beruf einmal extra etwas tun könnte, wird in der Zukunft fehlen. Überlegen Sie sich daher den Antrag der Metallarbeiter gründlich.

Stübner (Stahlarbeiter): Auch wir haben unter der Ausweisungswirtschaft schwer zu leiden. Die Unternehmer beschließen sie direkt, um die Arbeiter von Lohnkämpfen abzuschrecken. Erst in den letzten Tagen hat man uns Streikende ausgewiesen. — Wenn es uns gelang, die großen Ausperrungen zu überwinden, so ist das keine Garantie für die Zukunft. Leipzig halte ich entgegen, daß die Annahme des Antrages Cohen die Druckberger ausschaltet. (Sehr richtig!) Und Druckberger gibt's doch überall. Wenn wir aber eine Norm zur Aufbringung der Mittel finden, so werden wir für alle Kämpfe gewappnet sein. — Auch ich bin für Ausdehnung der Unterrichtskurse. Die Lehrer klagen ständig am Schlusse, daß sie ihr Pensum nicht aufarbeiten könnten. Die Frage der Verschmelzung mit der Parteischnle ist noch nicht spruchreif, ich hoffe aber, daß der Tag auch kommen wird.

Stübner (Schneider): Mit Cohen bin ich ganz einverstanden. Aber Leipzig stellte es in den Vorstandskonferenzen so hin, als ob seit Köln alle Organisationen auf ihre Rechnung gekommen wären. Dagegen muß ich protestieren. Uns wäre 1907 in der großen Ausperrung mit 200 000 Mk. zu helfen gewesen, wir mußten ihn aber wegen Mangels an Mitteln abbrechen. Wir haben nie für unsere gewöhnlichen Kämpfe Mittel gefordert, aber in außergewöhnlichen Fällen muß es heißen: Solidarität gegen Solidarität! Wir wollen stets Solidarität üben und wenn wir das Geld aus der Hauptkasse nehmen müßten, wir müssen aber das gleiche fordern. Das kann nicht anders geschehen, als indem wie hier aussprechen, daß über gemeinsame Aktionen die Generalkommission zu beschließen hat. Wenn wir es nur wollen, dann geht uns in Zukunft überhaupt kein Kampf wegen Mangels an Mitteln verloren. Unsere einmütige Erklärung für die Solidarität wird ihren Eindruck nicht verfehlen. Aber nach Leipzigs Vorschlag würden die Vorstände nur einen Auftrag erhalten, ohne daß etwas Bestimmtes geschieht. Wir müßten einmal gegenseitig die Verpflichtung anerkennen, uns in den größten Kämpfen auch mit der Tat zu unterstützen.

Die Diskussion schließt.  
Legien (Schlußwort): Die Generalkommission ist von keiner Seite kritisiert worden. Cohen wird mir zugeben, daß bei der Organisation unter den Berliner Metallarbeiterinnen allerdings nicht eine besoldete weibliche Arbeitskraft der Metallarbeiter in Anspruch genommen wurde, wohl aber die weiblichen Arbeitskräfte anderer Stellen. (Große Heiterkeit und hört, hört!) Besonders unsere Arbeitersekretärin und andere, die ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen konnten. Entscheidend ist ja immer die Qualifikation des Agitierenden. — Man wird zugeben müssen, daß die jegliche gegenseitige Streikhilfe trotz der guten Meinung Leipzigs lange nicht genügt, um die in Aussicht stehenden Kämpfe führen zu können. Wir mußten mit dieser gegenseitigen Hilfe auch Kämpfe abbrechen, die für die Gesamtarbeiterschaft von Interesse waren, weil nicht genügende Unterstützungsmittel zur Verfügung standen. Diese Fragen sind übrigens nicht geeignet, so öffentlich beraten zu werden. Der Gewerkschaftskongreß kann ja die einzelnen Organisationen nicht binden; er kann nur den Wunsch aussprechen, daß eine Entscheidung in einem gewissen Sinne falle. Die Entscheidung selbst kann nur bei den Generalversammlungen liegen. Es ist die Voraussetzung einheitlichen Zusammenarbeitens, daß man nicht durch irgend welche Kongreßbeschlüsse die eine oder andere Organisation zwingt. Es wird praktisch sein, wenn Sie den Wunsch, wie die Metallarbeiter von Berlin und Gotha beantragen, äußern, und das weitere den Vorstandsvorteilern überlassen. Sonst ist nur über die Unterrichtskurse gesprochen worden. Sätze der Antrag Winnig gebührt vorgelesen, so hätte er, wie ich glaube, die Unterstützung des Kongresses nicht gefunden. Es ist in ihm ein Mißtrauensvotum gegen die Generalkommission und die Konferenz der Vorstandsvorteilern enthalten. Wollen Sie die Vorstandsvorteilern desavouieren? Oder soll eine auf dem Kongreß gewählte Kommission kompetent sein als die ständig mit den Unterrichtsinteressen beschäftigten Instanzen? Wenn Winnig erklärt hat, daß der Antrag kein Mißtrauensvotum sei, so hätte er das vorher sagen sollen. Übrigens besteht für ihn immer die Möglichkeit, Wünsche betr. die Kurse an die Vorstandsvorteilern zu bringen. Besteht wirklich das Bedürfnis für eine Verlängerung der Kurse, dann kann dies sehr leicht an die Vorstandsvorteilern gebracht werden. Es kommt aber auch hier in Frage, daß schon jetzt die Verbände ganz erhebliche Ausgaben haben. Dafür werden wir sorgen, daß die Vortragenden nicht, wie hier berichtet worden ist, am Schlusse des Kurzes mit solchen Erklärungen kommen, daß sie wegen der zu kurzen Zeit den Lehrstoff nicht bewältigen konnten. Solche Mitteilungen macht man nicht an die Teilnehmer. Es ist irrtümlich, wenn Dittmer sagt, ich hätte erklärt, daß die Vereinigung von Gewerkschafts- und Parteischnle nicht dem gewerkschaftlichen Charakter entspräche. Ich habe gesagt, daß diese beiden Einrichtungen aus ganz anderen Voraussetzungen entstanden sind und deswegen werde eine Vereinigung kaum erfolgen können. Wir rechnen mit unseren Kursen nicht nur mit Angestellten, ihr endgültiger Zweck ist, einen möglichst großen Kreis von noch im Beruf tätigen Personen heranzuziehen. Eine volle Ausbildung zu geben ist derartigen Veranstaltungen überhaupt nicht möglich, und die, bei denen das erreicht werden könnte, würden dieser Kurse zum großen Teil gar nicht bedürfen. In einem der ersten Kurse hat sich ein Angestellter des Gemeindeförderverbandes gegen den Vortragenden gewandt und erklärt, dieser habe was Unrichtiges gesagt. Aber die übrigen Teilnehmer haben übereinstimmend erklärt, daß der Genosse nicht richtig aufgepaßt hatte. Das war der einzige Fall, der uns bekannt geworden ist. Wenn der Vorstand des Gemeindeförderverbandes solche Klagen in seinem Archiv aufbewahrt, dann kann er nicht darüber klagen, daß solche Beschwerden keine Berücksichtigung finden. (Sehr gut!) Wir müssen von unseren Teilnehmern verlangen, daß sie bei der Aussprache am Schlusse sagen, was sie über den Kurs denken, nicht, daß sie hinterher kommen und sagen, das war nicht richtig. Wer den Mut dazu nicht hat, der hat sicher nicht den Mut, das zu vertreten, was die Gewerkschaften fordern. Wenn bei den Gewerkschaften das Bedürfnis nach Vereinigung von Parteischnlen und Unterrichtskursen besteht, wenn einzelne Organisationen einzelnen Mitgliedern mehr Zeit zum Besuch der Kurse oder der Parteischnle gewähren wollen, so steht ihnen das frei, zehn Plätze der Parteischnle sind ständig für die Gewerkschaften reserviert. Die größte Zahl der Teilnehmer aus den Gewerkschaften war aber vier, nicht zehn. (Hört, hört!) Und da wollen Sie uns erzählen, daß ein solches Bedürfnis nach der Verlängerung der Kurse besteht? (Kloth: Der Vergleich hinkt aber!) Du meinst wohl, daß die Gewerkschaften ihre Beamten nicht in die Parteischnle schicken wollen, weil dort nicht das gelehrt wird, was wir brauchen. (Kloth: Das habe ich nicht gedacht!) Na, ich kann mir deine Gedanken schon denken! (Große Heiterkeit.) Ich bitte, den Antrag Winnig abzulehnen; liegt das Bedürfnis für eine Änderung vor, so haben Sie den Weg, und das Vertrauen zu den Vorständen wird wohl noch vorhanden sein, daß er die Sache so macht, wie es notwendig ist. (Beifall.)  
Es folgen persönliche Bemerkungen.  
(Fortsetzung des Berichtes im Hauptblatt.)

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

Wir kriegen den Parjool zu sehen! Am Mittwoch abend so gegen acht, Da hat es zweimal ganz furchtbar getracht: Das waren die Schüsse von unsern Kanonen, Die folg' bei uns am Gaten thronen, Die sollten uns mahnen und rufen entgegen: 'Was! du, du nimmst he antolegen!' Und richtig, unter Gellur und Gehrann, Kam er alsbald um die Gese herum. Herrje! Ist dieser Parjool groß, Figur: Wie ein riesiger Beutel; Die Gondel da brunter, das minzige Gaus, Nicht wie eine Krabbe sieh aus; Doch hoch in der Luft da segelt der Hiesle Wie ein Dreimast-Schoner bei kräftiger Wisse. Mit eleganten Schellen und Bogen Ist er nach dem Landungsplatz gezogen, Wo selbst der Vereen für Luftschiffahrt Schon sehnsüchtig seiner Ankunst geharrt. Die Herren waren alle well dressed, Vertreten war Smolting und weisse West', Der Sommeranzug und auch der Grad, Derbst Panamahut und Chapeau claque. Natürlich waren viel tausende Leute Nach außerdem da auf grünen der Gelde. Als man nun von weitem den Luftriesen sah Da riesen schon alle begeistert hurra! Trübden dieser Parjool wirklich sehr groß, (Wel größer noch als ein Vihmokrös), Sanft schwebte er nieder aus schwebelnder Höy' Und macht einen Bickling vor dem Komitee, Still lag er auf grünender Betbe so bann — Wer Weine jetzt hatte, der fürmte heran. Nun hatte man endlich Gelegenheit, Ihn kennen zu lernen von jeder Seit: Bei allen Göttern im hohen Olymp, Das Luftschiff gleich einem Wübelkump; Die Gondel, die ähneln der Krabbe! — Nun kann man sich machen ganz leicht ein Modell Von unserm letzten Parjool.

Der was überquidte so Small und Fall. — Nachdem nun der erste Jubel verklungen, Hat einer der Herren 'ne Rebe geschwungen Und gab dem Führer 'nen silbernen Becher — Ist der denn ein so gewaltiger Becher? Dann wurde der Parjool wieder bestiegen, Er war geküßt zu neuem Gitegen. Und wieder durchdröhnten die Hurras die Luft Und Lächeln — tells mit und tells ohne Luft — Schwang manche zarte, weibliche Hand; 'Nimm glücklich nach Hamburg, zum Gibeistrand!' Man blickte ihm nach, so lange man konnte, Bald war er verschwunden am Horizont.

Der Parjool VI bleibt unversehrt, Denn wenn wir sitzen beim Mittagessen, Wenn einen Wübelkump es gibt, Wenn man zu Gastmahl so innig liebt, Wenn wir mal essen 'ne Vitandelle, Dann denken wir Deiner, Du führst ger Gesele!

**Ein teurer Spak.**  
Während in den Straßen Londons das Volk neugierig auf das Schauspiel des Krönungszeuges wartet, sitzen im Finanzministerium die Beamten eifrig über lange Zahlenreihen gebeugt und rechnen; sie rechnen an der hübschen Zahl von Millionen, die die Staatskasse wird bezahlen müssen, wenn die Lage des Festesauslaufes verklungen sind. Bis her stehen nur die Ziffern für einen kleinen Teil der Ausgaben fest, aber sie genügen, um die Menge der Millionen abzuheben zu lassen, die der Staatsfiskus für das Nationalfest nach London befohlenen englischen Truppen mit rund 1 600 000 Ml. lösten, und die große Stattparade verhängt über dem ein halbes Million. 720 000 Ml. sind vom Staate für den Transport der indischen Delegierten und Truppen nach London ausgeworfen worden, 200 000 Ml. trägt der Staat bei zu den feierlichen Empfängen der fremden Würdenträger. Dazu kommen noch Ausgaben von anderen, nicht weniger stattlichen Beträgen, die der Staat trägt, während die Stadt London ihrerseits auch Millionen opfern muß. Das sind die Ausgaben des königlichen Hauses für die Zeremonien, die es geben der großen Banketts und Bälle gar nicht.

**Ein teurer Spak.**  
Während in den Straßen Londons das Volk neugierig auf das Schauspiel des Krönungszeuges wartet, sitzen im Finanzministerium die Beamten eifrig über lange Zahlenreihen gebeugt und rechnen; sie rechnen an der hübschen Zahl von Millionen, die die Staatskasse wird bezahlen müssen, wenn die Lage des Festesauslaufes verklungen sind. Bis her stehen nur die Ziffern für einen kleinen Teil der Ausgaben fest, aber sie genügen, um die Menge der Millionen abzuheben zu lassen, die der Staatsfiskus für das Nationalfest nach London befohlenen englischen Truppen mit rund 1 600 000 Ml. lösten, und die große Stattparade verhängt über dem ein halbes Million. 720 000 Ml. sind vom Staate für den Transport der indischen Delegierten und Truppen nach London ausgeworfen worden, 200 000 Ml. trägt der Staat bei zu den feierlichen Empfängen der fremden Würdenträger. Dazu kommen noch Ausgaben von anderen, nicht weniger stattlichen Beträgen, die der Staat trägt, während die Stadt London ihrerseits auch Millionen opfern muß. Das sind die Ausgaben des königlichen Hauses für die Zeremonien, die es geben der großen Banketts und Bälle gar nicht.

**Ein teurer Spak.**  
Während in den Straßen Londons das Volk neugierig auf das Schauspiel des Krönungszeuges wartet, sitzen im Finanzministerium die Beamten eifrig über lange Zahlenreihen gebeugt und rechnen; sie rechnen an der hübschen Zahl von Millionen, die die Staatskasse wird bezahlen müssen, wenn die Lage des Festesauslaufes verklungen sind. Bis her stehen nur die Ziffern für einen kleinen Teil der Ausgaben fest, aber sie genügen, um die Menge der Millionen abzuheben zu lassen, die der Staatsfiskus für das Nationalfest nach London befohlenen englischen Truppen mit rund 1 600 000 Ml. lösten, und die große Stattparade verhängt über dem ein halbes Million. 720 000 Ml. sind vom Staate für den Transport der indischen Delegierten und Truppen nach London ausgeworfen worden, 200 000 Ml. trägt der Staat bei zu den feierlichen Empfängen der fremden Würdenträger. Dazu kommen noch Ausgaben von anderen, nicht weniger stattlichen Beträgen, die der Staat trägt, während die Stadt London ihrerseits auch Millionen opfern muß. Das sind die Ausgaben des königlichen Hauses für die Zeremonien, die es geben der großen Banketts und Bälle gar nicht.

**Ein teurer Spak.**  
Während in den Straßen Londons das Volk neugierig auf das Schauspiel des Krönungszeuges wartet, sitzen im Finanzministerium die Beamten eifrig über lange Zahlenreihen gebeugt und rechnen; sie rechnen an der hübschen Zahl von Millionen, die die Staatskasse wird bezahlen müssen, wenn die Lage des Festesauslaufes verklungen sind. Bis her stehen nur die Ziffern für einen kleinen Teil der Ausgaben fest, aber sie genügen, um die Menge der Millionen abzuheben zu lassen, die der Staatsfiskus für das Nationalfest nach London befohlenen englischen Truppen mit rund 1 600 000 Ml. lösten, und die große Stattparade verhängt über dem ein halbes Million. 720 000 Ml. sind vom Staate für den Transport der indischen Delegierten und Truppen nach London ausgeworfen worden, 200 000 Ml. trägt der Staat bei zu den feierlichen Empfängen der fremden Würdenträger. Dazu kommen noch Ausgaben von anderen, nicht weniger stattlichen Beträgen, die der Staat trägt, während die Stadt London ihrerseits auch Millionen opfern muß. Das sind die Ausgaben des königlichen Hauses für die Zeremonien, die es geben der großen Banketts und Bälle gar nicht.

**Ein teurer Spak.**  
Während in den Straßen Londons das Volk neugierig auf das Schauspiel des Krönungszeuges wartet, sitzen im Finanzministerium die Beamten eifrig über lange Zahlenreihen gebeugt und rechnen; sie rechnen an der hübschen Zahl von Millionen, die die Staatskasse wird bezahlen müssen, wenn die Lage des Festesauslaufes verklungen sind. Bis her stehen nur die Ziffern für einen kleinen Teil der Ausgaben fest, aber sie genügen, um die Menge der Millionen abzuheben zu lassen, die der Staatsfiskus für das Nationalfest nach London befohlenen englischen Truppen mit rund 1 600 000 Ml. lösten, und die große Stattparade verhängt über dem ein halbes Million. 720 000 Ml. sind vom Staate für den Transport der indischen Delegierten und Truppen nach London ausgeworfen worden, 200 000 Ml. trägt der Staat bei zu den feierlichen Empfängen der fremden Würdenträger. Dazu kommen noch Ausgaben von anderen, nicht weniger stattlichen Beträgen, die der Staat trägt, während die Stadt London ihrerseits auch Millionen opfern muß. Das sind die Ausgaben des königlichen Hauses für die Zeremonien, die es geben der großen Banketts und Bälle gar nicht.

**Ein teurer Spak.**  
Während in den Straßen Londons das Volk neugierig auf das Schauspiel des Krönungszeuges wartet, sitzen im Finanzministerium die Beamten eifrig über lange Zahlenreihen gebeugt und rechnen; sie rechnen an der hübschen Zahl von Millionen, die die Staatskasse wird bezahlen müssen, wenn die Lage des Festesauslaufes verklungen sind. Bis her stehen nur die Ziffern für einen kleinen Teil der Ausgaben fest, aber sie genügen, um die Menge der Millionen abzuheben zu lassen, die der Staatsfiskus für das Nationalfest nach London befohlenen englischen Truppen mit rund 1 600 000 Ml. lösten, und die große Stattparade verhängt über dem ein halbes Million. 720 000 Ml. sind vom Staate für den Transport der indischen Delegierten und Truppen nach London ausgeworfen worden, 200 000 Ml. trägt der Staat bei zu den feierlichen Empfängen der fremden Würdenträger. Dazu kommen noch Ausgaben von anderen, nicht weniger stattlichen Beträgen, die der Staat trägt, während die Stadt London ihrerseits auch Millionen opfern muß. Das sind die Ausgaben des königlichen Hauses für die Zeremonien, die es geben der großen Banketts und Bälle gar nicht.

**Ein teurer Spak.**  
Während in den Straßen Londons das Volk neugierig auf das Schauspiel des Krönungszeuges wartet, sitzen im Finanzministerium die Beamten eifrig über lange Zahlenreihen gebeugt und rechnen; sie rechnen an der hübschen Zahl von Millionen, die die Staatskasse wird bezahlen müssen, wenn die Lage des Festesauslaufes verklungen sind. Bis her stehen nur die Ziffern für einen kleinen Teil der Ausgaben fest, aber sie genügen, um die Menge der Millionen abzuheben zu lassen, die der Staatsfiskus für das Nationalfest nach London befohlenen englischen Truppen mit rund 1 600 000 Ml. lösten, und die große Stattparade verhängt über dem ein halbes Million. 720 000 Ml. sind vom Staate für den Transport der indischen Delegierten und Truppen nach London ausgeworfen worden, 200 000 Ml. trägt der Staat bei zu den feierlichen Empfängen der fremden Würdenträger. Dazu kommen noch Ausgaben von anderen, nicht weniger stattlichen Beträgen, die der Staat trägt, während die Stadt London ihrerseits auch Millionen opfern muß. Das sind die Ausgaben des königlichen Hauses für die Zeremonien, die es geben der großen Banketts und Bälle gar nicht.

**Ein teurer Spak.**  
Während in den Straßen Londons das Volk neugierig auf das Schauspiel des Krönungszeuges wartet, sitzen im Finanzministerium die Beamten eifrig über lange Zahlenreihen gebeugt und rechnen; sie rechnen an der hübschen Zahl von Millionen, die die Staatskasse wird bezahlen müssen, wenn die Lage des Festesauslaufes verklungen sind. Bis her stehen nur die Ziffern für einen kleinen Teil der Ausgaben fest, aber sie genügen, um die Menge der Millionen abzuheben zu lassen, die der Staatsfiskus für das Nationalfest nach London befohlenen englischen Truppen mit rund 1 600 000 Ml. lösten, und die große Stattparade verhängt über dem ein halbes Million. 720 000 Ml. sind vom Staate für den Transport der indischen Delegierten und Truppen nach London ausgeworfen worden, 200 000 Ml. trägt der Staat bei zu den feierlichen Empfängen der fremden Würdenträger. Dazu kommen noch Ausgaben von anderen, nicht weniger stattlichen Beträgen, die der Staat trägt, während die Stadt London ihrerseits auch Millionen opfern muß. Das sind die Ausgaben des königlichen Hauses für die Zeremonien, die es geben der großen Banketts und Bälle gar nicht.

in Berücksichtigung gezogen. Man wick meist hinter der wirtlichen Stadt zurückbleiben, wenn man annimmt, daß die königliche Klasse der Staat und die Stadtkasse ein Viertel hundert Millionen für die Krönungstage ausgeben.

**Welchen Beruf unsere Seminaristen früher hatten.**  
Das Vorleben, aus welchem die Seminaristen hervorgegangen sind, ist oft sehr interessant. Gerade unsere Seminaristen haben, ehe sie die höheren Lehren einschlugen, es in ihrem Amt und Wirken gebracht, bis dann jemand die Stimme ausgedrungen oder auch selbstgewählter Beruf schon zu entdecken. Dr. v. Bary war als Perrenant in Leipzig tätig, bis auf seinen schönen Bariton Artur Ritsch aufmerksam wurde und ihn an Graf Seebach nach Dresden empfahl. Schuch wies auf die Bildungsmöglichkeit dieser Stimme hin, und sein Lehrer machte einen Heiden-tenor aus ihm. Auch Dr. Wiese, ein Seminarist, der früherer Wagnerer Sog, und Richard Wagner, der erste 'Hörni' und 'Lohnhändler' waren als Arzt tätig. Ein Vorhammer wirkte als Mathematiker, van Dyck war Jurist. Aus dem goldenen Boden des Handwerkerstandes entstammten Siegel, der als Schlossergehilfe sich sein Brot verdiente, bis ihn der Baritonist Adolf Robinson entdeckte und selbst ausbildete. Max Schloffer, der erste 'David' und 'Kime', wurde vom Vaktirog weggeholt. Karl Hörsch sollte Schuster werden, Albert Niemann Malchinbauer. Dem Trauerkranke entkam die Heidenen der Berliner Oper, Ernst Kraus, der fast ein Jahrzehnt lang in München im bürgerlichen Braubaus seinen Beruf als Brauer nachkam, bis ihn Heinrich Vogel entdeckte. Aus dem Fortgeschritten-Bennarini, der sich ehe er seine Begabung als Sängerkommis, auch jahrelang als Entler verlor, ist der Hamburger Heidenen geworden. Niels Burgstaller war in Solzkirchen als Wurmacher tätig, bis ein reisender Photograph aus München auf seine Stimme aufmerksam machte. Durch Generalmusikdirektor Levi wurde er an Frau Cosima empfohlen, die ihn ausbilden ließ. Aus dem Botschaftslehretrande gingen drei der bedeutendsten Tenoristen aller Zeiten hervor. Anton Reisinger, Heinrich Vogel und Gudehus. Julius Lieban, der berühmte 'Kime', zog mit Zigeunern und blieb bis zum Primingelger einer Zigeunerkavalle. Erich Schwebes meistete das Klavier, Anthes die Violine, Lorenzo Nicle die Trompete. Der Kaufmannskind stellte die Tenoristen Ohje und Geniel. Heinrich Wratte war zuvor Komiker, Schwur von Karolsfeld, das Vaterkind König Ludwig I. von Bayern, sollte, wie sein berühmter Vater, Maler werden. Theodor Wachtel wurde, wie auch Heinrich Bötel, vom Kunstherbort herabgeholt.

**Aus den Wübelkumpen.**  
Bestätigt. Ihre Köchin soll ja, obwohl sie sehr gut kocht, recht klatschlich sein? — 'Ja, sie hat eine feine, aber böse Zunge.'  
Die Freunne. Mein Bräutigam ist Grundbesitzer! — 'Na, einen Grund muß er ja besitzen, wenn er dein Bräutigam ist.'  
Im Staatsbureau. Die junge Dame aus der Schweiz ist sehr reich, die aus Sachsen auffallend schön. — 'Haben Sie nicht eine aus der sächsischen Schweiz?'  
Gutes Gedächtnis. Herr Kommerzienrat, morgen bin ich fünfundsiebzig Jahre alt, Herr Herrma! — 'Ich weiß! Damals hatten Sie genau so schiefes Gedächtnis an Ihren Stiefel wie heute!'

**Der Dinkel auf Besuch.** Diese Nachmittags wollten wir mal zu Hause bleiben, Onkel; es kommen einige Herren, mit denen ich dich bekannt machen will. — 'Onkel! Wieviel?' — 'Na, so ungefähr drei bis vierhundert Mann!'  
Vorfrühling. Gar erobert Frau (im Foyer zu einem Theaterbesuch): 'Was soll ich denn mit der Uhr und den Ringen?' — 'Der: Bitte, nehmen Sie sie auch in Betrachtung...'. Ich sehe da meinen Gerichtssozialist im Saal!'  
Dressiert. Ich würde am liebsten einen Winter heiraten. So einer wäre wenigstens schon teilweise erjogen.'

**Im vierten Stokwerk.** Mama: 'St! mein Mann immer noch nicht da?' — 'Dienstag abend: 'Nein, aber er scheint unterwegs zu sein, Madame. — das Treppengeländer macht schon seit einer Viertelstunde bedächtig!'  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Edwigt.  
Verleger: E. Schwaib. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Guben.

**Im vierten Stokwerk.** Mama: 'St! mein Mann immer noch nicht da?' — 'Dienstag abend: 'Nein, aber er scheint unterwegs zu sein, Madame. — das Treppengeländer macht schon seit einer Viertelstunde bedächtig!'  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Edwigt.  
Verleger: E. Schwaib. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Guben.

**Im vierten Stokwerk.** Mama: 'St! mein Mann immer noch nicht da?' — 'Dienstag abend: 'Nein, aber er scheint unterwegs zu sein, Madame. — das Treppengeländer macht schon seit einer Viertelstunde bedächtig!'  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Edwigt.  
Verleger: E. Schwaib. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Guben.

**Im vierten Stokwerk.** Mama: 'St! mein Mann immer noch nicht da?' — 'Dienstag abend: 'Nein, aber er scheint unterwegs zu sein, Madame. — das Treppengeländer macht schon seit einer Viertelstunde bedächtig!'  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Edwigt.  
Verleger: E. Schwaib. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Guben.

**Im vierten Stokwerk.** Mama: 'St! mein Mann immer noch nicht da?' — 'Dienstag abend: 'Nein, aber er scheint unterwegs zu sein, Madame. — das Treppengeländer macht schon seit einer Viertelstunde bedächtig!'  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Edwigt.  
Verleger: E. Schwaib. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Guben.

**Im vierten Stokwerk.** Mama: 'St! mein Mann immer noch nicht da?' — 'Dienstag abend: 'Nein, aber er scheint unterwegs zu sein, Madame. — das Treppengeländer macht schon seit einer Viertelstunde bedächtig!'  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Edwigt.  
Verleger: E. Schwaib. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Guben.

# Wöchentliches Unterhaltungsblatt des Liberalen Volksboten.

Mittwoch, den 28. Juni 1911.

**An Bord des „Siegfried“.**  
(10. Fortsetzung.)  
Roman von Friedrich Thiem.  
(Nachdruck verboten.)  
„Stokholm sagen Sie jetzt, daß keine Spur der verumtreuten Summe vorhanden ist?“  
Der Inspektor lächelte. „Erinnern Sie sich, Herr Professor, an unser erstes Gespräch über das Schema an jenem Abend auf Deck?“  
„Sehr genau.“  
„Auch meiner Besichtigung, daß wir beauftragt worden einen Naturschiff.“  
„Nun, ich nehme an, daß damals wirklich ein Forscher in den Zelten versteckt war. Und wissen Sie wer?“  
„Herr Leonhardi selbst. Er traute mir vom ersten Augenblicke an nicht, denn die Art meiner Ankunst auf dem „Siegfried“ erregte seinen Argwohn. Er spürte mit nach und hörte meine ganze Unterredung oder doch einen Teil derselben mit an. Da er sich durchschaute, ließ er mich die Kurze vor Entdeckung, er schaffte das Verborgene, das ihn verraten hätte, in einen sicheren Versteck, wie sich auf einem Schiffe dergleichen so manche darbieten.“  
„Aber Sie sind nicht unmöglich.“  
„Vielleicht hatte er es auch schon vorher anderweitig in Erfahrung gebracht, aber mit einer guten Gelegenheit vor das Licht zu bringen — oder er läßt es sich nachsehen. Wer kann das wissen? Jedenfalls lege ich auf den Umstand kein Gewicht. Ich glaube nicht an einen Raubmord.“  
„Sie halten also die unglückliche junge Frau für die Schuldige?“  
„Ich kann es nicht leugnen. Zweifelloch machte ihr Leonhardi von der drohenden Entdeckungsgefahr Mitteilung, sie fürchtete, mit ihm verhaftet und zurückgebracht zu werden. Auch hierin erblickte ich einen weiteren Beweggrund für die Tante. Wenn sie sich des Mannes entledigte, dann fiel für die Behörde das Motiv der Verfolgung fort. Das ist allerdings ein Trugschluß, denn sie steht im Verdacht der Verhaftung, und so lange das gelagerte Geld nicht wieder zur Stelle ist, müßte man immer annehmen, daß sie es sich angeeignet hätte oder doch um das Versteck müßte.“  
„Nun warf dem Inspektor einen entsetzten Blick zu. „Und der Charakter der Dame, ihre Herzergüte und Sanftmut, ihre Anspornung — gelten alle diese Eigenschaften gar nicht bei Ihnen?“  
„Ich leugne sie nicht, Herr Professor, aber ich ziehe andere Folgerungen daraus als Sie. Erstens besitzen die Menschen und gerade die Frauen, eine Kunst der Verstellung, von der Sie in Ihrer Parteilichkeit keine Ahnung haben, von der ich in meinem Berufe aber Beispiele geseht habe, deren bloße Erzählung Ihnen die Haare zu Berge treiben würde. Zweitens gebietet gerade ein edler und stolzer Charakter oft entsetzliche und besternte Handlungen. Sie können mir das nicht sagen, denn Sie haben die Handlungen Ihrer Vorgesetzten die Anklage gegen die Dame.“  
„Der junge Gelehrte fiel ihm aufgeregt ins Wort. „Und wenn es so wäre, kann die Tat nicht verzeihlicher Mordmord entfallen? Sie haben mir angehört, mit welcher rasender Leidenschaft der Mann erfüllt war. Wenn es nun... und...“  
„Nein, nein, daran ist nicht zu denken.“  
„Der Inspektor“ nahm hier Doktor Wehrmann in bescheidener Weise das Wort, „auch ich kann und mag die junge Dame einer so verruchten Handlung nicht für schuldig halten. Es dürfte sich empfehlen, vorsichtig und schonend zu verfahren. Ein Mißgriff wäre entsetzlich, was sich um die Ehre und den Ruf einer solchen Frau handelt.“  
„Um ihren Ruf?“ meinte der Kriminalbeamte spöttisch. „Ich sehe Sie ohne Sorge, meine Herren, ich werde nicht so vorsichtig, sondern auch schonend verfahren. Zunächst gedente ich Frau Leonhardi nur im allgemeinen zu verurteilen, wie meine Pflicht es mir vorschreibt, und vor allen Dingen ihren wahren Namen zu ergründen. Das weitere überlassen Sie dann gütlich mir, ich kenne meine Pflicht und werde sie ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne An-

sehen der Person und ohne mich durch eine schöne Maske berrigen zu lassen, erfüllen.“  
Eda saß in ihrer Kabine in einem Zustande tiefer Niedergelassenheit. Sie immer wieder hervorquellenden Tränen nur mit Mühe zurückdrängend, lehnte sie in ihrem Sofa, die kleine Silbe immer spielend zu ihren Füßen. Von Zeit zu Zeit, wenn ein schmerzlicher Weisheitsblick der jungen Frau entfuhr, hielt das Kind in seiner Besorgnis die Hand hoch mit fragendem Ausdruck das dunkle Köpfchen und fragte verumtreut: „Warum weinst Du, Schmeißel, ich frage dich um Gottes Willen, lästige sie und sagte mit ruhigen dem kindlichen Mittels: „Mir weinen, Tante Eda, mir weinen.“  
Ein Klopfen an der Tür ließ die Eingekerkerte in Bestürzung aufstehen. „Herrin!“ tief sie mit ätzender Stimme.  
Der struppige Kopf des jungen Stewards erschien im Rahmen der Pforte: „Der Inspektor Flohr läßt die gnädige Frau bitten, sich zu ihm zu bemühen.“  
„Inspektor?“ fragte Eda betroffen. „Ist der Herr nicht Rechtsanwalt?“  
Der Steward lächelte verächtlich. „Das haben wir alle geacht“, betonte er in der vertraulich, höflichen Manier seines Standes. „Wie sich heute herausgestellt hat, war es ein verlässlicher Volksgewalt, der hier im Schiffe nach einem einflussreichen Verbrecher sucht.“  
„In der Abt der jungen Frau stochte der Atem. „Nach einem — einem Verbrecher? Nach was für einem Verbrecher denn?“  
Richard verzog sein Gesicht zu einem diplomatischen Grinsen. „Genaue weiß ich nicht; der Oberleutnant sprach von einem verächtlichen Mordschiffen, der das ganze Schiff in die Luft sprengen wollte.“  
„Ich soll also zu dem Herrn — vermutlich wegen — des schrecklichen Ereignisses.“  
„Ganz recht. Er ist vom Kapitän mit der Führung der Untersuchung beauftragt. Ich werde Ihnen die Kabine zeigen, gnädige Frau.“  
Eda erhob sich mühsam. „Silbe, mein Kind, ich muß jetzt fort. Bleibe ruhig hier, höflich Du? Spiele schön, ich komme bald wieder.“  
„Ja, Tante Eda.“  
„Die kleine machte sich langsam mit ihren Kuppen zu schäffen, indes Eda den schmerzlichen Gang antrat. Scham und Nicht prägen sich in ihren unruhigen Augen aus; wie eine weiße Gülle im dunklen Blättertrank hob sich das liebliche Oval ihres Gesichtes vor dem schwärzen, schmucklosen Kleide ab. In der Tür stand sie noch einen Augenblick still, das Herz schlug ihr zum Zerbrechen.

Der kleine Steward nahm jedoch auf ihren Gemütszustand keine Rücksicht; dienstfertig öffnete er, nachdem er geklopft, die Tür weit, um sie hineinzulassen.  
Der Inspektor trat ihr höflich entgegen. „Verzeihen Sie, Frau Leonhardi, daß ich Ihnen begreiflichen Schmerzes mit meinen Fragen hören und quälen muß; redete er sie an, indem er ihr gleichzeitig den Stuhl auf, welchem der Professor gesessen, mit einer krummen Einleitung zum Gespräch hinleitete. Denn Polm hatte vorher die improvisierte Gesprächsstube verlassen; er konnte es nicht über's Herz bringen, dem Verhör der von ihm Geliebten beizuwohnen, ihre Qual und ihre Tränen um seinen eigenen Schaden zu sehen. Eda dankte mit einem Fleigen ihres Hauptes, setzte sich aber nicht, sondern blieb vor dem kleinen Tisch, an dem Doktor Wehrmann saß, stehen.  
„Ich bin bereit, mein Herr“, flüsterte sie, sich mit Gewalt begnügend.  
„Sie haben wohl schon vernommen, wer ich bin, und welche Pflicht zu erfüllen mir aufertragen worden ist?“ sprach der Beamte mit der ihm eigenen Würde weiter.  
„Mein Amt ist ein rüchschloßes, muß es sein“, betonte der Inspektor, wie sich entschuldigend. „Nicht einmal den Namen der Gattin darf ich schonen, um so weniger, als es sich um die Entdeckung des rüchschloßen Verbrechers handelt.“

„Nun, ich nehme an, daß damals wirklich ein Forscher in den Zelten versteckt war. Und wissen Sie wer?“  
„Herr Leonhardi selbst. Er traute mir vom ersten Augenblicke an nicht, denn die Art meiner Ankunst auf dem „Siegfried“ erregte seinen Argwohn. Er spürte mit nach und hörte meine ganze Unterredung oder doch einen Teil derselben mit an. Da er sich durchschaute, ließ er mich die Kurze vor Entdeckung, er schaffte das Verborgene, das ihn verraten hätte, in einen sicheren Versteck, wie sich auf einem Schiffe dergleichen so manche darbieten.“  
„Aber Sie sind nicht unmöglich.“  
„Vielleicht hatte er es auch schon vorher anderweitig in Erfahrung gebracht, aber mit einer guten Gelegenheit vor das Licht zu bringen — oder er läßt es sich nachsehen. Wer kann das wissen? Jedenfalls lege ich auf den Umstand kein Gewicht. Ich glaube nicht an einen Raubmord.“  
„Sie halten also die unglückliche junge Frau für die Schuldige?“  
„Ich kann es nicht leugnen. Zweifelloch machte ihr Leonhardi von der drohenden Entdeckungsgefahr Mitteilung, sie fürchtete, mit ihm verhaftet und zurückgebracht zu werden. Auch hierin erblickte ich einen weiteren Beweggrund für die Tante. Wenn sie sich des Mannes entledigte, dann fiel für die Behörde das Motiv der Verfolgung fort. Das ist allerdings ein Trugschluß, denn sie steht im Verdacht der Verhaftung, und so lange das gelagerte Geld nicht wieder zur Stelle ist, müßte man immer annehmen, daß sie es sich angeeignet hätte oder doch um das Versteck müßte.“  
„Nun warf dem Inspektor einen entsetzten Blick zu. „Und der Charakter der Dame, ihre Herzergüte und Sanftmut, ihre Anspornung — gelten alle diese Eigenschaften gar nicht bei Ihnen?“  
„Ich leugne sie nicht, Herr Professor, aber ich ziehe andere Folgerungen daraus als Sie. Erstens besitzen die Menschen und gerade die Frauen, eine Kunst der Verstellung, von der Sie in Ihrer Parteilichkeit keine Ahnung haben, von der ich in meinem Berufe aber Beispiele geseht habe, deren bloße Erzählung Ihnen die Haare zu Berge treiben würde. Zweitens gebietet gerade ein edler und stolzer Charakter oft entsetzliche und besternte Handlungen. Sie können mir das nicht sagen, denn Sie haben die Handlungen Ihrer Vorgesetzten die Anklage gegen die Dame.“  
„Der junge Gelehrte fiel ihm aufgeregt ins Wort. „Und wenn es so wäre, kann die Tat nicht verzeihlicher Mordmord entfallen? Sie haben mir angehört, mit welcher rasender Leidenschaft der Mann erfüllt war. Wenn es nun... und...“  
„Nein, nein, daran ist nicht zu denken.“  
„Der Inspektor“ nahm hier Doktor Wehrmann in bescheidener Weise das Wort, „auch ich kann und mag die junge Dame einer so verruchten Handlung nicht für schuldig halten. Es dürfte sich empfehlen, vorsichtig und schonend zu verfahren. Ein Mißgriff wäre entsetzlich, was sich um die Ehre und den Ruf einer solchen Frau handelt.“  
„Um ihren Ruf?“ meinte der Kriminalbeamte spöttisch. „Ich sehe Sie ohne Sorge, meine Herren, ich werde nicht so vorsichtig, sondern auch schonend verfahren. Zunächst gedente ich Frau Leonhardi nur im allgemeinen zu verurteilen, wie meine Pflicht es mir vorschreibt, und vor allen Dingen ihren wahren Namen zu ergründen. Das weitere überlassen Sie dann gütlich mir, ich kenne meine Pflicht und werde sie ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne An-

sehen der Person und ohne mich durch eine schöne Maske berrigen zu lassen, erfüllen.“  
Eda saß in ihrer Kabine in einem Zustande tiefer Niedergelassenheit. Sie immer wieder hervorquellenden Tränen nur mit Mühe zurückdrängend, lehnte sie in ihrem Sofa, die kleine Silbe immer spielend zu ihren Füßen. Von Zeit zu Zeit, wenn ein schmerzlicher Weisheitsblick der jungen Frau entfuhr, hielt das Kind in seiner Besorgnis die Hand hoch mit fragendem Ausdruck das dunkle Köpfchen und fragte verumtreut: „Warum weinst Du, Schmeißel, ich frage dich um Gottes Willen, lästige sie und sagte mit ruhigen dem kindlichen Mittels: „Mir weinen, Tante Eda, mir weinen.“  
Ein Klopfen an der Tür ließ die Eingekerkerte in Bestürzung aufstehen. „Herrin!“ tief sie mit ätzender Stimme.  
Der struppige Kopf des jungen Stewards erschien im Rahmen der Pforte: „Der Inspektor Flohr läßt die gnädige Frau bitten, sich zu ihm zu bemühen.“  
„Inspektor?“ fragte Eda betroffen. „Ist der Herr nicht Rechtsanwalt?“  
Der Steward lächelte verächtlich. „Das haben wir alle geacht“, betonte er in der vertraulich, höflichen Manier seines Standes. „Wie sich heute herausgestellt hat, war es ein verlässlicher Volksgewalt, der hier im Schiffe nach einem einflussreichen Verbrecher sucht.“  
„In der Abt der jungen Frau stochte der Atem. „Nach einem — einem Verbrecher? Nach was für einem Verbrecher denn?“  
Richard verzog sein Gesicht zu einem diplomatischen Grinsen. „Genaue weiß ich nicht; der Oberleutnant sprach von einem verächtlichen Mordschiffen, der das ganze Schiff in die Luft sprengen wollte.“  
„Ich soll also zu dem Herrn — vermutlich wegen — des schrecklichen Ereignisses.“  
„Ganz recht. Er ist vom Kapitän mit der Führung der Untersuchung beauftragt. Ich werde Ihnen die Kabine zeigen, gnädige Frau.“  
Eda erhob sich mühsam. „Silbe, mein Kind, ich muß jetzt fort. Bleibe ruhig hier, höflich Du? Spiele schön, ich komme bald wieder.“  
„Ja, Tante Eda.“  
„Die kleine machte sich langsam mit ihren Kuppen zu schäffen, indes Eda den schmerzlichen Gang antrat. Scham und Nicht prägen sich in ihren unruhigen Augen aus; wie eine weiße Gülle im dunklen Blättertrank hob sich das liebliche Oval ihres Gesichtes vor dem schwärzen, schmucklosen Kleide ab. In der Tür stand sie noch einen Augenblick still, das Herz schlug ihr zum Zerbrechen.

Der kleine Steward nahm jedoch auf ihren Gemütszustand keine Rücksicht; dienstfertig öffnete er, nachdem er geklopft, die Tür weit, um sie hineinzulassen.  
Der Inspektor trat ihr höflich entgegen. „Verzeihen Sie, Frau Leonhardi, daß ich Ihnen begreiflichen Schmerzes mit meinen Fragen hören und quälen muß; redete er sie an, indem er ihr gleichzeitig den Stuhl auf, welchem der Professor gesessen, mit einer krummen Einleitung zum Gespräch hinleitete. Denn Polm hatte vorher die improvisierte Gesprächsstube verlassen; er konnte es nicht über's Herz bringen, dem Verhör der von ihm Geliebten beizuwohnen, ihre Qual und ihre Tränen um seinen eigenen Schaden zu sehen. Eda dankte mit einem Fleigen ihres Hauptes, setzte sich aber nicht, sondern blieb vor dem kleinen Tisch, an dem Doktor Wehrmann saß, stehen.  
„Ich bin bereit, mein Herr“, flüsterte sie, sich mit Gewalt begnügend.  
„Sie haben wohl schon vernommen, wer ich bin, und welche Pflicht zu erfüllen mir aufertragen worden ist?“ sprach der Beamte mit der ihm eigenen Würde weiter.  
„Mein Amt ist ein rüchschloßes, muß es sein“, betonte der Inspektor, wie sich entschuldigend. „Nicht einmal den Namen der Gattin darf ich schonen, um so weniger, als es sich um die Entdeckung des rüchschloßen Verbrechers handelt.“

„Nun, ich nehme an, daß damals wirklich ein Forscher in den Zelten versteckt war. Und wissen Sie wer?“  
„Herr Leonhardi selbst. Er traute mir vom ersten Augenblicke an nicht, denn die Art meiner Ankunst auf dem „Siegfried“ erregte seinen Argwohn. Er spürte mit nach und hörte meine ganze Unterredung oder doch einen Teil derselben mit an. Da er sich durchschaute, ließ er mich die Kurze vor Entdeckung, er schaffte das Verborgene, das ihn verraten hätte, in einen sicheren Versteck, wie sich auf einem Schiffe dergleichen so manche darbieten.“  
„Aber Sie sind nicht unmöglich.“  
„Vielleicht hatte er es auch schon vorher anderweitig in Erfahrung gebracht, aber mit einer guten Gelegenheit vor das Licht zu bringen — oder er läßt es sich nachsehen. Wer kann das wissen? Jedenfalls lege ich auf den Umstand kein Gewicht. Ich glaube nicht an einen Raubmord.“  
„Sie halten also die unglückliche junge Frau für die Schuldige?“  
„Ich kann es nicht leugnen. Zweifelloch machte ihr Leonhardi von der drohenden Entdeckungsgefahr Mitteilung, sie fürchtete, mit ihm verhaftet und zurückgebracht zu werden. Auch hierin erblickte ich einen weiteren Beweggrund für die Tante. Wenn sie sich des Mannes entledigte, dann fiel für die Behörde das Motiv der Verfolgung fort. Das ist allerdings ein Trugschluß, denn sie steht im Verdacht der Verhaftung, und so lange das gelagerte Geld nicht wieder zur Stelle ist, müßte man immer annehmen, daß sie es sich angeeignet hätte oder doch um das Versteck müßte.“  
„Nun warf dem Inspektor einen entsetzten Blick zu. „Und der Charakter der Dame, ihre Herzergüte und Sanftmut, ihre Anspornung — gelten alle diese Eigenschaften gar nicht bei Ihnen?“  
„Ich leugne sie nicht, Herr Professor, aber ich ziehe andere Folgerungen daraus als Sie. Erstens besitzen die Menschen und gerade die Frauen, eine Kunst der Verstellung, von der Sie in Ihrer Parteilichkeit keine Ahnung haben, von der ich in meinem Berufe aber Beispiele geseht habe, deren bloße Erzählung Ihnen die Haare zu Berge treiben würde. Zweitens gebietet gerade ein edler und stolzer Charakter oft entsetzliche und besternte Handlungen. Sie können mir das nicht sagen, denn Sie haben die Handlungen Ihrer Vorgesetzten die Anklage gegen die Dame.“  
„Der junge Gelehrte fiel ihm aufgeregt ins Wort. „Und wenn es so wäre, kann die Tat nicht verzeihlicher Mordmord entfallen? Sie haben mir angehört, mit welcher rasender Leidenschaft der Mann erfüllt war. Wenn es nun... und...“  
„Nein, nein, daran ist nicht zu denken.“  
„Der Inspektor“ nahm hier Doktor Wehrmann in bescheidener Weise das Wort, „auch ich kann und mag die junge Dame einer so verruchten Handlung nicht für schuldig halten. Es dürfte sich empfehlen, vorsichtig und schonend zu verfahren. Ein Mißgriff wäre entsetzlich, was sich um die Ehre und den Ruf einer solchen Frau handelt.“  
„Um ihren Ruf?“ meinte der Kriminalbeamte spöttisch. „Ich sehe Sie ohne Sorge, meine Herren, ich werde nicht so vorsichtig, sondern auch schonend verfahren. Zunächst gedente ich Frau Leonhardi nur im allgemeinen zu verurteilen, wie meine Pflicht es mir vorschreibt, und vor allen Dingen ihren wahren Namen zu ergründen. Das weitere überlassen Sie dann gütlich mir, ich kenne meine Pflicht und werde sie ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne An-

sehen der Person und ohne mich durch eine schöne Maske berrigen zu lassen, erfüllen.“  
Eda saß in ihrer Kabine in einem Zustande tiefer Niedergelassenheit. Sie immer wieder hervorquellenden Tränen nur mit Mühe zurückdrängend, lehnte sie in ihrem Sofa, die kleine Silbe immer spielend zu ihren Füßen. Von Zeit zu Zeit, wenn ein schmerzlicher Weisheitsblick der jungen Frau entfuhr, hielt das Kind in seiner Besorgnis die Hand hoch mit fragendem Ausdruck das dunkle Köpfchen und fragte verumtreut: „Warum weinst Du, Schmeißel, ich frage dich um Gottes Willen, lästige sie und sagte mit ruhigen dem kindlichen Mittels: „Mir weinen, Tante Eda, mir weinen.“  
Ein Klopfen an der Tür ließ die Eingekerkerte in Bestürzung aufstehen. „Herrin!“ tief sie mit ätzender Stimme.  
Der struppige Kopf des jungen Stewards erschien im Rahmen der Pforte: „Der Inspektor Flohr läßt die gnädige Frau bitten, sich zu ihm zu bemühen.“  
„Inspektor?“ fragte Eda betroffen. „Ist der Herr nicht Rechtsanwalt?“  
Der Steward lächelte verächtlich. „Das haben wir alle geacht“, betonte er in der vertraulich, höflichen Manier seines Standes. „Wie sich heute herausgestellt hat, war es ein verlässlicher Volksgewalt, der hier im Schiffe nach einem einflussreichen Verbrecher sucht.“  
„In der Abt der jungen Frau stochte der Atem. „Nach einem — einem Verbrecher? Nach was für einem Verbrecher denn?“  
Richard verzog sein Gesicht zu einem diplomatischen Grinsen. „Genaue weiß ich nicht; der Oberleutnant sprach von einem verächtlichen Mordschiffen, der das ganze Schiff in die Luft sprengen wollte.“  
„Ich soll also zu dem Herrn — vermutlich wegen — des schrecklichen Ereignisses.“  
„Ganz recht. Er ist vom Kapitän mit der Führung der Untersuchung beauftragt. Ich werde Ihnen die Kabine zeigen, gnädige Frau.“  
Eda erhob sich mühsam. „Silbe, mein Kind, ich muß jetzt fort. Bleibe ruhig hier, höflich Du? Spiele schön, ich komme bald wieder.“  
„Ja, Tante Eda.“  
„Die kleine machte sich langsam mit ihren Kuppen zu schäffen, indes Eda den schmerzlichen Gang antrat. Scham und Nicht prägen sich in ihren unruhigen Augen aus; wie eine weiße Gülle im dunklen Blättertrank hob sich das liebliche Oval ihres Gesichtes vor dem schwärzen, schmucklosen Kleide ab. In der Tür stand sie noch einen Augenblick still, das Herz schlug ihr zum Zerbrechen.

Der kleine Steward nahm jedoch auf ihren Gemütszustand keine Rücksicht; dienstfertig öffnete er, nachdem er geklopft, die Tür weit, um sie hineinzulassen.  
Der Inspektor trat ihr höflich entgegen. „Verzeihen Sie, Frau Leonhardi, daß ich Ihnen begreiflichen Schmerzes mit meinen Fragen hören und quälen muß; redete er sie an, indem er ihr gleichzeitig den Stuhl auf, welchem der Professor gesessen, mit einer krummen Einleitung zum Gespräch hinleitete. Denn Polm hatte vorher die improvisierte Gesprächsstube verlassen; er konnte es nicht über's Herz bringen, dem Verhör der von ihm Geliebten beizuwohnen, ihre Qual und ihre Tränen um seinen eigenen Schaden zu sehen. Eda dankte mit einem Fleigen ihres Hauptes, setzte sich aber nicht, sondern blieb vor dem kleinen Tisch, an dem Doktor Wehrmann saß, stehen.  
„Ich bin bereit, mein Herr“, flüsterte sie, sich mit Gewalt begnügend.  
„Sie haben wohl schon vernommen, wer ich bin, und welche Pflicht zu erfüllen mir aufertragen worden ist?“ sprach der Beamte mit der ihm eigenen Würde weiter.  
„Mein Amt ist ein rüchschloßes, muß es sein“, betonte der Inspektor, wie sich entschuldigend. „Nicht einmal den Namen der Gattin darf ich schonen, um so weniger, als es sich um die Entdeckung des rüchschloßen Verbrechers handelt.“

